

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der ersten Ausgabe des Sanktions-Updates 2026 zeichnen wir für Sie die Diskussionen zum 20. EU-Sanktionspaket gegen Russland nach. Es soll Ende Februar anlässlich des vierten Jahrestags des Beginns der russischen Invasion veröffentlicht werden. Zu den Vorschlägen gehören Importverbote gegen russische Düngemittel, zusätzliche Maßnahmen gegen die russische Schattenflotte und eine Ausweitung der Exportverbote für Luxusgüter. Nach zwei weiteren Fällen von Zwangsverwaltung von EU-Unternehmen in Russland (Rockwool, Canpack) wird auch über mögliche Gegenmaßnahmen der EU gesprochen. Beschlossen wurde im Januar der völlige Ausstieg der EU aus russischen Energieimporten bis 2027, wobei Ungarn und die Slowakei Gegenklagen angekündigt haben.

Wichtigstes Thema aus Deutschland ist die Neufassung des Außenwirtschaftsrechts. Es wurde nach langer Vorbereitung an EU-Anforderungen zur Bekämpfung von Sanktionsumgehungen angepasst und sieht eine deutliche Ausweitung von Strafen vor. Passend dazu enthüllten Reporter offenbar ein verdecktes Postsystem zum Versand sanktionierter Produkte aus Deutschland und anderen EU-Ländern über Belarus nach Russland.

Aus den USA werden mehrere Initiativen im Kongress zur Ausweitung der Sanktionen gegen Russland gemeldet. Parallel dazu gingen die Bemühungen der USA weiter, Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln. Nach ersten Gesprächen in Abu Dhabi, die von beiden Seiten vorsichtig positiv kommentiert wurden, sollen die Treffen Anfang Februar fortgesetzt werden. Ein 18-seitiges Strategiepapier der EU und der USA zum Wiederaufbau schlägt unter anderem einen beschleunigten EU-Beitritt der Ukraine vor.

Wenn Sie Fragen oder Hinweise zu Sanktionsthemen für uns haben, melden Sie sich gerne!

Ihre Redaktion

OA-Update 2026/01
Stand: 30. Januar

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Handel mit Osteuropa springt im November über die Marke von 500 Milliarden

Getragen von den beiden führenden Märkten Polen und Tschechien blieb der deutsche Außenhandel mit Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien von Januar bis November 2025 auf Wachstumskurs. Nach den vom Ost-Ausschuss ausgewerteten Zahlen für die 29 Länder der Region kletterte der deutsche Handelsaustausch mit der Region in den ersten elf Monaten des Vorjahres um 3,1 Prozent auf 511 Milliarden Euro. Somit wurde die Marke von einer halben Billion Euro bereits nach elf Monaten geknackt. Die deutschen Ausfuhren stiegen um 2,8 Prozent auf 267 Milliarden Euro. Allein die deutschen Exporte in die beiden östlichen Nachbarländer Polen und Tschechien legten um 7,7 Milliarden Euro zu. Kräftige Zuwächse meldeten die deutschen Exporteure zudem in der Ukraine – inklusive der Lieferungen militärischer Güter –, in Slowenien und in Rumänien. Zu den Verlierern zählten vor allem die sanktionierten Märkte Belarus und Russland, in die erneut signifikant weniger deutsche Waren geliefert wurden. So gingen die Ausfuhren nach Belarus gegenüber dem Vorjahr um fast zwei Drittel zurück.

Bei den Einfuhren dominierten Polen und Tschechien als wichtige Lieferanten der deutschen Industrie mit zusätzlichen Einfuhren in Höhe von über 3,1 Milliarden Euro, gefolgt von Rumänien, Slowenien, Ungarn und Serbien. Starke Einbußen verzeichneten die deutschen Importe aus Kasachstan und Russland. Insgesamt stiegen die deutschen Einfuhren aus Mittel- und Osteuropa zwischen Januar und November 2025 im Vorjahresvergleich um 3,4 Prozent auf 243 Milliarden Euro

Hier finden Sie die aktuellen Statistiken:

[Statistiken | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Außenwirtschaftsrecht: Bundestag verschärft Strafen für Sanktionsumgehung / Neuregelung der Treuhandverwaltung sanktionierter Unternehmen

Der Bundestag hat am 15. Januar die lange vorbereitete Anpassung des Außenwirtschaftsrechts verabschiedet: Sanktionsverstöße werden dadurch schneller zur Straftat und für Unternehmen deutlich teurer, heißt es dazu in juristischen Kommentaren. Der Gesetzgeber setzt mit der Neuregelung die EU-Richtlinie 2024/1226 um, die eine Reaktion auf den russischen Angriffskrieg ist und mit der ein einheitliches und wirksames Sanktionsstrafrecht in der EU erreicht werden soll. Alle EU-Länder sind dazu verpflichtet, entsprechende Anpassungen in ihrer nationalen Gesetzgebung umzusetzen.

„Die Harmonisierung wurde notwendig, da Sanktionsverstöße EU-weit bislang völlig unterschiedlich geahndet wurden“, heißt es in einer Mitteilung des Bundestags. „So waren in Mitgliedstaaten Sanktionsverstöße teilweise nur als Ordnungswidrigkeiten oder

nur als Straftaten sanktionierbar, oder es variierte etwa das Höchstmaß für Unternehmensgeldbußen in den Mitgliedstaaten zwischen 133.000 Euro und 37,5 Millionen Euro. Die Mitgliedstaaten waren aufgefordert, die Richtlinie 2024 / 1226 bis zum 20. Mai 2025 in nationales Recht umzusetzen.“ Die Verzögerung in Deutschland wird mit den überraschenden Neuwahlen im Frühjahr 2025 erklärt.

Kern der Reform in Deutschland ist die umfassende Überarbeitung der Straf- und Bußgeldvorschriften im Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und in der Außenwirtschaftsverordnung (AWV). Die zentralen Straf- und Bußgeldvorschriften wurden präzisiert. Konkret listet die Neufassung nun verschiedene verbotene Handlungen detailliert auf, um Rechtsunsicherheit zu beseitigen. Damit reagiert der Gesetzgeber auch auf Kritik an zu vagen Formulierungen.

Zugleich wird mit der Reform auch ein nationaler Rahmen für eine öffentlich-rechtliche Treuhandverwaltung sanktionierter Unternehmen geschaffen. Dies ist beispielsweise aktuell im Falle der Raffinerie PCK Schwedt von Bedeutung. Schwedt gehört mehrheitlich zu Rosneft, einem durch die USA sanktionierten russischen Ölkonzern. Wie man hört, war eine klarere gesetzliche Regelung der bestehenden Treuhandverwaltung des Bundes auch eine wichtige Auflage, die die USA gemacht hatten. Dies ist nunmehr erfolgt.

Hier die wichtigsten Neuregelungen in der Übersicht:

- Zahlreiche vorsätzliche Verstöße, die bislang lediglich als Ordnungswidrigkeit galten, sind künftig Straftaten. Dazu zählen unter anderem Verstöße gegen Finanzsanktionen und Transaktionsverbote sowie die Verschleierung von Vermögenswerten zur Sanktionsumgehung. Die Möglichkeit einer strafbefreienden Selbstanzeige (§ 22 Abs. 4 AWG) entfällt in diesen Fällen.
- Neu ist ein gesonderter Straftatbestand in § 18 Abs. 1 Nr. 3 AWG hinsichtlich bestimmter Handlungen mit denen EU-Sanktionen umgangen werden sollen. Hiermit wird jegliche Verwendung eingefrorener Gelder und Ressourcen strafrelevant, soweit diese mit Verschleierungsabsicht erfolgt. Zudem wird auch die Verbreitung falscher, irreführender oder aber unvollständiger Informationen, mit der Absicht die sanktionierte Eigentümer- oder Besitzereigenschaft von Geldern oder wirtschaftlichen Ressourcen zu verschleiern, zukünftig mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.
- Bei Verstößen im Zusammenhang mit Dual-Use-Gütern reicht künftig bereits Leichtfertigkeit für eine Strafbarkeit aus (§ 18 Abs. 8a AWG-RegE). Dies erhöht das Risiko bei Export- und Importgeschäften.
- Die bisherige, in § 18 Abs. 11 AWG verankerte Schonfrist wird gestrichen. Sanktionsakte der EU gelten damit unmittelbar ab ihrer Veröffentlichung. Zwar erkennt die Gesetzesbegründung an, dass praktische Implementierungsschwierigkeiten im Einzelfall den für eine Strafbarkeit erforderlichen Vorsatz entfallen lassen könnten, das Risiko für Unternehmen erhöht sich dennoch erheblich.

- Die Strafbarkeit von Meldepflichtverstößen wird erweitert. So wird die sogenannte Jedermannspflicht zur Meldung von Informationen über sanktionierte Gelder und wirtschaftliche Ressourcen (§ 18 Abs. 5a AWG-RegE) unter bestimmten Voraussetzungen strafbewehrt. Ausgenommen von der Pflicht bleiben zur Rechtsvertretung berechtigte Berufsgruppen.
- In § 6a AWG-RegE wird ein nationaler Rahmen für eine öffentlich-rechtliche Treuhandverwaltung geschaffen. Damit soll die Handlungsfähigkeit inländischer Unternehmen trotz sanktionierter Eigentümerstrukturen gesichert werden. Ergänzend dazu regeln die neuen §§ 6b bis 6g AWG-RegE die sogenannte Anteilspflegschaft, welche die Beschlussfähigkeit der Gesellschaft sichern soll.
- Das Höchstmaß der Unternehmensgeldbuße steigt von zehn auf 40 Millionen Euro – zuzüglich der Abschöpfung von Gewinnen respektive ersparter Aufwendungen. Strafbare Sanktionsverstöße einzelner Mitarbeitender können damit existenzielle Risiken für das gesamte Unternehmen nach sich ziehen.

„Im Grunde können künftig nahezu alle Verstöße gegen EU-Sanktionen zumindest strafrechtliche Ermittlungen auslösen“, heißt es in einer Pressemitteilung des Deutschen Bundestags. „Im Kern betrifft das eine Änderung der zentralen Straf- und Ordnungswidrigkeitsnormen der Paragraphen 18 und 19 Außenwirtschaftsgesetz sowie des Paragraphen 82 Außenwirtschaftsverordnung. Die Änderung sieht insbesondere vor, dass zahlreiche Verstöße, die bislang lediglich als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden können, bei vorsätzlichen Verstößen künftig zwingend strafbewehrt sind. Dies betrifft - im Einklang mit den Richtlinienvorgaben - insbesondere Verstöße gegen bestimmte Transaktions- und Finanzdienstleistungsverbote. Über die Richtlinienvorgaben hinaus soll dies aber auch verschiedene Investitionsverbote betreffen.“

Ein inländisches Unternehmen kann zukünftig unter Treuhandverwaltung gestellt werden, wenn im Einzelfall eine konkrete Gefahr besteht. Auf Antrag einer Gesellschaft mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland bestellt das Gericht einen Anteilspfleger. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie überprüft das Fortbestehen der Voraussetzungen für die Anordnung der Treuhandverwaltung alle sechs Monate. Die Auswahl des Anteilspflegers erfolgt nach freiem Ermessen des Gerichts. Der Anteilspfleger berichtet dem Gericht alle sechs Monate ab Bestellung über die Vorgänge.

In einer Analyse der Kanzlei Heuking heißt es: „Die Reform ist kein bloßes „technisches Update“, sondern ein klarer Kurswechsel hin zu echter strafrechtlicher Abschreckung. Für Unternehmen bedeutet dies eine deutliche Verschärfung der Haftungs- und Reputationsrisiken. Unwissenheit und organisatorische Defizite schützen nicht mehr. Unternehmen sollten die neuen Regelungen zum Anlass nehmen, ihre Sanktions-Compliance umfassend zu überprüfen.“

In einem Blog von PwC wird die Reform ähnlich kommentiert: „Zwar sind dem Gesetzgeber praktische Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Implementierung geeigneter Maßnahmen bewusst. Dennoch ist der Trend eindeutig: Nachlässigkeiten bei der Verhinderung von Verstößen werden im Außenwirtschaftsstrafrecht nicht länger toleriert.“ Und weiter: „Unternehmen müssen zukünftig bei der Sanktions-Compliance noch aufmerksamer agieren und vorhandene Prozesse überprüfen.“

[Deutscher Bundestag - Gesetz zu Sanktionen bei Verstößen gegen restriktive EU-Maßnahmen beschlossen](#)

[Deutscher Bundestag Drucksache 21/2508 Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Straftatbeständen und Sanktionen bei Verstößen gegen restriktive Maßnahmen der Europäischen Union](#)

[Deutscher Bundestag Drucksache 21/3205 Unterrichtung durch die Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Straftatbeständen und Sanktionen bei Verstößen gegen restriktive Maßnahmen der Europäischen Union – Drucksache 21/2508 – Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung](#)

[Deutscher Bundestag - Ausschuss stimmt für Anpassung des Sanktionsstrafrechts](#)

[Gesetzgeber verschärft Außenwirtschaftsstrafrecht / Steuern & Recht - Der Blog zu aktuellen Entwicklungen und relevanten Neuerungen / PwC Deutschland](#)

[Sanctions Compliance: Bundestag beschließt Verschärfung des Sanktionsstrafrechts | ADVANT Beiten](#)

[Bundestag verschärft Sanktionen im Außenwirtschaftsstrafrecht: Wichtige Änderungen für Unternehmen](#)

[Deutschland verschärft Sanktionsrecht: Höhere Strafen für Unternehmen](#)

„Schattenpost“ befördert sanktionierte Waren von Deutschland nach Russland

Ein Ex-Mitarbeiter einer Tochterfirma der russischen Staatspost soll von Berlin aus eine Art „Schattenpost“ organisiert und damit Sanktionsumgehungen ermöglicht haben. Über das verdeckte System würden jeden Monat weiterhin Hunderte Tonnen Post-Pakete illegal nach Russland gelangen. Dies berichtet die Bild-Zeitung. Darin verwickelt sein sollen auch russische Supermärkte in Deutschland sowie die Usbekische Staatspost, die zur Tarnung genutzt worden sein soll.

Mithilfe von Peilsendern haben Reporter der Bild das mutmaßlich illegale Paketsystem enttarnt. Aufgebaut wurde das System offenbar von ehemaligen Mitarbeitern einer deutschen Tochterfirma der russischen Staatspost als Reaktion auf Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Berlin gegen führende Köpfe der RusPost GmbH. In Dutzenden Paketen, die die RusPost von Deutschland nach Moskau transportieren wollte, entdeckte der Zoll verbotene Waren (Elektrogeräte, Bargeld, Schmuck). Die Berliner Staatsanwaltschaft will mittlerweile einen Top-Manager deshalb anklagen.

Doch die illegalen Postsendungen hörten mit den Ermittlungen nicht auf. Nach Bild-Recherchen rückt jetzt eine Ende 2022 gegründete Logistikfirma ins Zentrum der Affäre.

An deren Kölner Firmensitz hängt demnach nur ein Briefkasten. Das brisante Post-Geschäft wickelt das Unternehmen über eine Lagerhalle, nur einen Kilometer vom Berliner Flughafen BER entfernt, ab. Von hier aus rollen regelmäßig 40-Tonner voll beladen mit Postpaketen Richtung Moskau.

Die Bild-Reporter testeten dieses System, nutzten das Angebot der Logistikfirma in russischen Supermärkten und gab insgesamt fünf Postpakete auf – ausgestattet mit versteckten GPS-Peilsendern. Auf einem Versandzettel haben die Reporter demnach einen falschen Namen angegeben. Zum Inhalt wurden Bücher, Schals, Mützen notiert. Der wahre Inhalt seien sanktionierte (aber unbrauchbar gemachte) elektronische Bauteile gewesen. Kosten für den Versand: 26 Euro für ein Paket bis zwei Kilo – in bar.

Auf die Pakete klebte die Supermarkt-Mitarbeiterin laut Bild-Angaben Versandetiketten der usbekischen Staatspost (UzPost) – obwohl dieses Unternehmen laut Bundesnetzagentur in Deutschland gar nicht operieren dürfe. Insider berichteten den Bild-Reportern von einer vertraulichen Vereinbarung zwischen der russischen und der usbekischen Staatspost. Laut den versteckten Peilsendern wurden die Bild-Pakete nach ein bis zwei Tagen aus den russischen Supermärkten in die Lagerhalle der Logistikfirma südöstlich von Berlin gebracht. Von Berlin gingen die Pakete über Polen nach Belarus und weiter nach Moskau. Nahezu ungehindert passierten die aufgegebenen Pakete mit den versteckten Peilsendern demnach die EU-Außengrenzen bei Brest (Belarus), was gleichbedeutend mit der Umgehung von Sanktionen war, die auch für Belarus gelten. Kontrollen fanden nach Einschätzung der Reporter offenbar nicht statt. Alle Peilsender hätten am Ende dasselbe Ergebnis gemeldet: Die Ankunft in Moskau.

Die Logistikfirma erklärte auf Bild-Anfrage: „Unsere Kontrollmechanismen sind so ausgelegt, dass Verstöße gegen die EU-Sanktionen praktisch ausgeschlossen sind.“ Sendungen, die nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen, würden nicht weiterbearbeitet. Man sei aber nicht gegen „betrügerische Falschdeklarationen“, wie sie BILD durchgeführt habe, gefeit.

Fälle in ganz Europa

In der Ukraine geht man davon aus, dass die Fälle aus Deutschland nur die Spitze des Eisbergs seien. Gleich zehn russische Postdienste, die auch mit Betreibern aus Deutschland und Frankreich zusammenarbeiteten, seien Teil eines Netzwerks, über das sanktionierte Waren nach Russland gelangten. Dies erklärte Vladyslav Vlasiuk, Präsident des ukrainischen Bevollmächtigten für Sanktionspolitik. Ein verdecktes Post- und Logistiknetzwerk werde genutzt, um Beschränkungen zu umgehen. „Vor zwei Wochen haben wir unseren Partnern relevante Materialien übergeben, und ich hoffe, dass die zeitnahe und erfolgreiche journalistische Untersuchung ihre Reaktion beschleunigen wird“, erklärte Vlasiuk.

[Geheime Pakete aus Deutschland: Bericht zeigt, wie Russland-Post Verbote umgeht - FOCUS online](#)

[Russisches "Schattenpost"-System in Deutschland: "Niemand macht genug" | Euronews](#)

[Putins „Schattenpost“: Illegales Paket-System in Deutschland aufgedeckt](#)

[BILD: Uzbek Postal Labels Allegedly Used to Circumvent Sanctions on Shipments from Germany to Russia — UzDaily.uz](#)

[Shadow mail from Germany to Russia: scheme to circumvent sanctions uncovered | Censor.NET](#)

Spionagevorwurf – Deutschland weist Vize-Militärattaché aus

Das Auswärtige Amt bestellte am 22. Januar den russischen Botschafter in Berlin ein. Dort wurde ihm mitgeteilt, dass ein als Diplomat akkreditierter Mitarbeiter der Botschaft der Russischen Föderation, der in Deutschland Spionage betrieben habe, mit sofortiger Wirkung zur Persona non grata erklärt worden sei. Der Mann müsse Deutschland umgehend verlassen.

Bei dem Kontaktmann handelt es sich nach Informationen des Spiegel um den an der Botschaft als Vize-Militärattaché akkreditierten Andrej M., der nach Erkenntnissen der Ermittler für die russischen Geheimdienste tätig war und als Führungsoffizier fungierte.

Die russische Botschaft in Berlin weist die Spionagevorwürfe zurück. Es handle sich um eine „dumme, eilig zusammengestrückte Provokation, die vor dem Hintergrund der aktiv hochgedrehten Angstmacherei um Spione, die russische diplomatische Vertretung diskreditieren soll“, heißt es in einer Stellungnahme der Botschaft. W. soll für ihre Arbeit kein Geld erhalten, sondern aus Überzeugung gehandelt haben.

Die Ausweisung steht im Zusammenhang mit der Mitte Januar festgenommenen Deutsch-Ukrainerin Ilona W. Sie soll laut den Ermittlern in Deutschland seit 2023 gezielt Militärinformationen zum Ukrainekrieg gesammelt und an ihren Kontaktmann in der russischen Botschaft weitergegeben haben. Aufgefallen war Ilona W. zuletzt unter anderem auch als Teilnehmerin des Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforums, das der Ost-Ausschuss am 15. Dezember 2025 zusammen mit DIHK und AHK Ukraine organisiert hat.

[Russland: Botschaft weist deutschen Spionagevorwurf als Provokation zurück - DER SPIEGEL](#)

[Spionage: Doppel-Razzia gegen mutmaßliche Agenten und Unterstützer Russlands - WELT](#)

[Spionage für Russland – Nach Festnahme mutmaßlicher Agentin: Wer ist Ilona W.?](#)

[Festnahme wegen mutmaßlicher Russland-Spionage: Moskaus Frau für alle Empfänge - DER SPIEGEL](#)

Verdacht der Sanktionsumgehung: Durchsuchungen beim Maschinenproduzenten Köppern

Zollfahnder haben nach Informationen von Correctiv am 26. Januar Geschäftsräume der Maschinenfabrik Köppern durchsucht. Es geht um Ermittlungen wegen möglicher Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz. Die Fahnder rückten nach Informationen von Correctiv in Hattingen in Nordrhein-Westfalen aus, wo sich der Hauptsitz des Maschinenbauers befindet, sowie am Außenstandort im sächsischen Freiberg. Die Zollfahndungsämter in Essen und Dresden hätten die Maßnahmen bestätigt und an die Staatsanwaltschaft Essen verwiesen, die das Verfahren führe.

Die Maschinenfabrik Köppern bringt die Maßnahmen in einer am 28. Januar auf der Unternehmenswebsite veröffentlichten Stellungnahme in Zusammenhang mit Exportgeschäften. Deklarationen in usbekischen und russischen Zoll Datenbanken weisen laut Correctiv darauf hin, dass zwischen November 2023 und Mai 2024 mindestens 14 Exporte des deutschen Maschinenbauers nach Usbekistan mit einem Rechnungswert von rund 4,5 Millionen US-Dollar letztlich an den russischen Düngemittelhersteller Uralkali gelangt sein könnten.

Es lägen „unternehmensintern bislang keine Anhaltspunkte dafür vor, dass es im Zusammenhang mit den Lieferungen nach Usbekistan durch Mitarbeiter der Maschinenfabrik Köppern zu Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz gekommen sein könnte“, teilte das Unternehmen auf seiner Webseite mit. Man kooperiere „umfassend mit den Ermittlungsbehörden“. Und weiter: „Die Einhaltung der außenwirtschaftsrechtlichen Vorgaben, und gerade auch der EU-Russland-Sanktionen, ist für die Maschinenfabrik Köppern aufgrund ihrer internationalen Ausrichtung sehr wichtig. Seitdem die EU-Russland-Sanktionen eine Ausfuhr von Gütern nach Russland verbieten, liefert die Maschinenfabrik Köppern selbstverständlich nicht mehr dorthin und überprüft auch Ausfuhren in andere Staaten.“

[Russland-Exporte: Durchsuchungen bei Maschinenfabrik Köppern](#)

[News – Köppern – We add value to mined resources](#)

Was passiert mit den Abramowitsch-Milliarden?

Eine Razzia bei der Deutschen Bank in Frankfurt wegen mutmaßlicher Verfehlungen in der Geldwäsche-Bekämpfung am 28. Januar nochmals den Fokus auf Roman Abramowitsch gelenkt. Dies berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Grund der Razzia seien demnach auch Beziehungen zu Unternehmen, die Ermittler dem russischen Oligarchen zuordnen. Seit Frühjahr 2022 steht Abramowitsch auf der Sanktionsliste der Europäischen Union. Der 59 Jahre alte Milliardär mit russischer, israelischer und portugiesischer Staatsbürgerschaft ist stark unter Druck geraten. Seine Vermögenswerte im Westen sind fast alle eingefroren worden.

In Großbritannien schwelt seitdem der Streit um die Milliarden von Abramowitsch, die beim Verkauf seines Fußballklubs FC Chelsea Erlöst wurden. Abramowitsch hatte

jahrelang ein Luxusleben in der Hauptstadt London geführt – inklusive einer Villa in Kensington. Angeblich besaßen er und seine Familie insgesamt 70 Häuser, Gebäude und Grundstücke auf der britischen Insel in einem Gesamtwert von mehr als 250 Millionen Pfund.

Nachdem Abramowitsch unter westliche Sanktionen gestellt wurde, übte die britische Regierung Druck aus, dass er Chelsea im Sommer 2022 verkaufen musste. Abramowitsch sagte damals zu, der Erlös von 2,5 Milliarden Pfund (etwa 2,9 Milliarden Euro) solle an „Opfer des Kriegs in der Ukraine“ fließen. Doch dort ist bislang noch immer kein Geld angekommen.

Laut FAZ liegen die Milliarden auf einem Sperrkonto einer britischen Bank. Die Londoner Regierung und Abramowitsch streiten darüber, für welchen Zweck genau das Geld gespendet werden soll. Abramowitsch will die Milliarden „allen“ Opfern in der Ukraine zukommen lassen – und versteht darunter auch Ukrainer oder Russen in den russisch besetzten Teilen des Landes. London will, dass das Geld in humanitäre Hilfe in jenen Teilen der Ukraine fließt, die unter der Kontrolle der legitimen ukrainischen Regierung stehen.

[Russischer Oligarch: Wo sind Roman Abramowitschs Milliarden geblieben? | FAZ](#)

Stärkeres deutsches Vorgehen gegen Schattenflotte

Nach Angaben des amerikanischen „Institute for the Study of War“ (ISW) haben die europäischen Länder ihre Maßnahmen gegen Öltanker, die mit der russischen Schattenflotte in Verbindung stehen, verstärkt. Vor kurzem befand sich nach Informationen des Think Tanks ein nicht registrierter Öltanker, die Arcusat, auf der Fahrt durch die enge Meerenge zwischen Dänemark und Schweden und gab als Ziel den Finnischen Meerbusen an. Plötzlich habe das Schiff jedoch seinen Kurs geändert und sei in Richtung Norden zur arktischen Küste Russlands gefahren. Grund für die Kursänderung sei die Weigerung Deutschlands gewesen, dem Tanker die Durchfahrt durch seine Hoheitsgewässer zu gestatten. Erstmals sei damit einem Schiff, das mit der Schattenflotte in Verbindung steht, die Durchfahrt verweigert worden. Deutschland seitdem auch mehreren anderen russischen Schiffen die Einfahrt in seine Gewässer untersagt.

In einem ähnlichen Fall habe Italien ein unter tuvaluischer Flagge fahrendes Schiff festgesetzt, das illegal 33.000 Tonnen russischer Stahlprodukte transportierte. Der zunehmende Druck auf die Schattenflotte Russlands dürfte laut Ukraine Business News die Möglichkeiten Moskaus, Öl zu exportieren, erheblich einschränken.

[Deutschland hat zum ersten Mal einen russischen Schatten-Tanker aus der Ostsee ausgewiesen, was einen bedeutenden Schritt in den Bemühungen Europas darstellt, Druck auf die mit Sanktionen belegte Flotte Russlands auszuüben. - UBN](#)

[About | Institute for the Study of War](#)

Verfassungsschützer warnen vor russischer Beschaffung

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) warnt vor verstärkter russischer Aktivitäten zur Beschaffung militärisch nutzbarer Technik in Deutschland. Das geht aus einer aktuellen Analyse der Behörde hervor, die dem Handelsblatt vorliegt.

Hintergrund ist laut den Erkenntnissen, dass der Angriffskrieg gegen die Ukraine den Bedarf an Rüstungsgütern sowie sogenannten proliferationsrelevanten Produkten (Technologie für Massenvernichtungswaffen) erhöht habe. Gleichzeitig würden aber die seit 2022 verhängten EU-Sanktionen gegen Russland die Beschaffung solcher Güter „deutlich erschweren“, heißt es in dem 48 Seiten umfassenden Papier.

Russische Akteure versuchten daher, „in Deutschland unter Umgehung der geltenden Exportkontrollverfahren insbesondere Produkte aus den Bereichen der Hochtechnologie (wie Werkzeugmaschinen und Mikroelektronik) zu beschaffen“, warnt der Verfassungsschutz. „Um den beabsichtigten Einsatz in Russland zu verschleiern, werden auch russische Nachrichtendienste in die Beschaffung eingebunden.“

Beispiele sind laut Handelsblatt präzise Werkzeugmaschinen, Spezialsoftware, Mess- und Labortechnik oder bestimmte Materialien. Gelangen solche Güter in falsche Hände, können sie für Atom-, Bio- oder Chemiewaffen ebenso genutzt werden wie für Raketen, Drohnen oder andere Trägersysteme. Deutschland steht dabei laut Verfassungsschutz besonders im Fokus. „Die Anzahl und Professionalität der Beschaffungsbemühungen ausländischer Staaten in Deutschland liegt insgesamt auf einem hohen Niveau – mit steigender Tendenz“, heißt es in dem Papier des Inlandsnachrichtendienstes.

Nach dem Außenwirtschaftsgesetz müssen im Handel die Sanktionen der EU beachtet werden. Das Interesse für die Bundesrepublik führt der Verfassungsschutz darauf zurück, dass Deutschland als führende Industrienation und bedeutender Forschungsstandort über zahlreiche Hochtechnologieunternehmen sowie eine Wissenschaftslandschaft mit vielen Forschungseinrichtungen und Hochschulen verfüge. Ziele für Aktivitäten seien neben global agierenden Unternehmen auch so genannte Hidden Champions aus dem deutschen Mittelstand. Um an militärisch nutzbare Technologien und Güter zu gelangen, werden dabei sogenannte „Beschaffungsnetze“ genutzt, in denen Tarn- oder Scheinfirmen als Käufer auftreten und den tatsächlichen Empfänger verschleiern. Häufig würden zudem „Umweglieferungen“ über Zwischenhändler in europäischen Staaten und Drittländern organisiert, schreibt das Handelsblatt.

Auch andere Staaten verfolgen demnach gezielte Strategien zur Ausweitung ihrer militärischen Fähigkeiten. Zu den sogenannten Proliferations- oder Risikostaaten zählen aus Sicht der Verfassungsschützer auch China, Iran, Pakistan und Nordkorea.

Ein besonderes Risiko sieht der Verfassungsschutz auch im Abfluss von Wissen aus Wissenschaft und Forschung. In Deutschland sei die Freiheit von Forschung und Lehre grundrechtlich geschützt, könne jedoch missbraucht werden.

(Paywall)

[Ukraine-Krieg: Behörde warnt vor russischem Rüstungseinkauf in Deutschland](#)

Ermittlungen gegen sanktionierten Oligarchen Usmanow eingestellt

Die Staatsanwaltschaft München II hat laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung und des Spiegel ein Verfahren gegen den russischen Oligarchen Alischer Usmanow gegen Zahlung einer Geldauflage von zehn Millionen Euro eingestellt. Das teilte demnach die Behörde in München mit. Zunächst ist die Einstellung vorläufig – nach Zahlungseingang ist sie dann endgültig.

Die Staatsanwaltschaft hatte wegen Verdachts zweier Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz und möglicher Sanktionsverstöße gegen Usmanow ermittelt. Die Europäische Union hatte wenige Tage nach dem Angriff Russlands auf das Nachbarland am 28. Februar 2022 Sanktionen verhängt, auch Usmanow stand auf der Sanktionsliste.

Nach Angaben der Ermittler bestand danach der Verdacht, dass Usmanow im Zeitraum von April bis September 2022 über im Ausland ansässige Unternehmen rund 1,5 Millionen Euro für die Überwachung zweier Immobilien am Tegernsee bezahlt haben soll. Zudem soll er diverse Wertgegenstände, etwa Schmuck, Gemälde und Weine, nicht bei der zuständigen Behörde gemeldet haben. Die Verteidigung allerdings habe die Verbindung Usmanows zu den involvierten Unternehmen und Wertgegenständen und die Anwendbarkeit der EU-Sanktionsvorschriften auf den vorliegenden Sachverhalt bestritten.

Angesichts der „Besonderheiten des vorliegenden Einzelfalls“ sei das Verfahren mit Zustimmung des zuständigen Landgerichts München II und des Beschuldigten eingestellt worden. Usmanow habe der Einstellung zugestimmt und die Geldauflage in voller Höhe zur Zahlung angewiesen, teilte die Staatsanwaltschaft mit. 8,5 Millionen Euro sollen der Staatskasse zugutekommen, 1,5 Millionen Euro der Stiftung Opferhilfe Bayern und dem Landesverband für Gefangenenfürsorge und Bewährungshilfe. Trotz der Zahlung gilt Usmanow in der Sache weiterhin als unschuldig.

[Russland: Ermittlungen gegen Oligarch Alischer Usmanow gegen Geldauflage eingestellt - DER SPIEGEL](#)

Prozess gegen rheinischen Künstler in Moskau

Dem Düsseldorfer Künstler Jacques Tilly wird aktuell in Abwesenheit in Russland der Prozess gemacht. Tilly hatte den russischen Präsidenten Wladimir Putin mehrfach für die Rosenmontagszüge seiner Heimatstadt dargestellt. Mal zeigte Tilly Putin und den kremltreuen Patriarchen Kyrill beim Zungenkuss. Mal schluckte Putin eine Ukraine-Karte, auf der „Erstick dran!!!“ stand. Mal badete der Feldherr in Blut in einer ukrainisch blau-gelb gehaltenen Badewanne.

Dem 62 Jahre alten Tilly wird laut FAZ einer der Zensuratbestände zur Last gelegt, die vor bald vier Jahren nach dem russischen Überfall auf die Ukraine eingeführt worden sind und die schon zahlreiche Russen in Putins Straflager gebracht haben: „Falschnachrichten“ über die russische Armee verbreitet zu haben, und zwar „aus eigennützigen Motiven und aus politischem Hass“. Dafür seien bis zu zehn Jahre Lagerhaft vorgesehen.

Bei einer ersten Verhandlung im Dezember 2025 ging es demnach um ein Gespräch des Künstlers mit der Deutschen Welle. Darin sei „die falsche Information, dass Russland Verbrechen auf dem Gebiet der Ukraine verübt hat“, verbreitet worden. Zudem wird Tilly vorgeworfen, „Gefühle von Gläubigen beleidigt“ zu haben, durch eine Darstellung des russischen Patriarchen beim Oralsex mit Putin beim Rosenmontagszug 2024.

Von einem totalitären Unrechtsstaat zum Staatsfeind erklärt zu werden, sei nicht unbedingt ein Vergnügen, doch habe die Sache zwei Seiten, fügte Tilly an. Denn sie sei auch „amüsant, weil man sieht, dass Satire eben doch wirkt und wehtut“.

[Prozess gegen Jacques Tilly in Moskau: Wie der Künstler darauf blickt | FAZ](#)

BAFA-Merkblatt und Hinweise zu „Red Flags“

Am 11. September 2025 wurde das aktuelle [Merkblatt „Optimierte Antragstellung“](#) des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle BAFA veröffentlicht. Das Merkblatt soll dabei helfen, einen formal richtigen und inhaltlich vollständigen Antrag im BAFA einzureichen. Die neue 5. Auflage enthält u.a. nähere Informationen zu den Neuerungen in der Antragsmaske des ELAN-K2 Ausfuhr-Systems, die zum 1. September 2025 eingeführt wurden. Zur besseren Steuerung und gezielten Zuordnung eines Antrags im Rahmen des Antragsverfahrens werden nunmehr folgende ergänzende Angaben abgefragt:

- Warenverzeichnisnummer
- Kenntnis über Genehmigungspflichten nach der Außenwirtschaftsverordnung (AWV), der EU-Verordnung 2021/821 oder einer Embargo-Verordnung der EU
- Anlass der Antragstellung bei Nullbescheiden

Noch einmal hinweisen wollen wir Sie auch auf das Papier des Bundeswirtschaftsministeriums zum Thema „Red Flags“ (Warnsignale), das zu einer sorgfältigen Prüfung von Geschäften mit Hinblick auf eine mögliche Sanktionsumgehung beitragen soll.

[Sanktionsumgehung | BMWE](#)

Für den Newsletter des Bundeswirtschaftsministeriums zum Thema Sanktionsdurchsetzung können sich über diesen Kontakt sanktionsoutreach@bmwe.bund.de anmelden.

Kasachstan sichert Öllieferungen Richtung Deutschland ab

Der kasachische Ölpipelinebetreiber KazTransOil hat seine Zusammenarbeit mit europäischen Partnern ausgeweitet, um einen stabilen Transit von kasachischem Öl nach Deutschland und insbesondere in die brandenburgische Raffinerie in Schwedt zu gewährleisten. Dies geht aus einer Mitteilung des Unternehmens hervor, wonach am 23. Dezember in Warschau ein neues Kooperationsabkommen mit dem polnischen Pipelinebetreiber PERN unterzeichnet wurde.

Die Vereinbarung regelt die Verfahren für die Annahme und Lieferung von Öl am Umschlagpunkt Adamowa Zastava in Polen. Sie legt Regeln für die operative Zusammenarbeit zwischen den beiden Unternehmen fest, darunter technische Verfahren, Dokumentationsanforderungen und die Aufteilung der Funktionen und Verantwortlichkeiten zwischen den Parteien.

Laut KazTransOil spielt die Partnerschaft mit PERN eine strategische Rolle bei der Sicherung eines stabilen und ununterbrochenen Transits von kasachischem Öl zum deutschen Markt. Das Abkommen soll die Koordination zwischen den Pipelinebetreibern entlang der gesamten Transportroute von Kasachstan durch die europäischen Transitländer stärken.

Das Unternehmen betonte, dass die neue Vereinbarung zum Aufbau eines effizienteren und besser vorhersehbaren Transitsystems beitragen und damit die langfristige Exportstrategie Kasachstans angesichts der sich wandelnden Energieflüsse in Europa unterstützen werde.

Ende der Marke Obi in Russland

Die deutsche Baumarktkette Obi Group hat die Entscheidung begrüßt, ihre ehemaligen Filialen in Russland in „DOM Lenta“ umzubenennen, dies berichtet die Deutsche Welle. „Wir begrüßen diesen Schritt natürlich, da die Obi-Gruppe seit mehreren Jahren darauf hinarbeitet, die illegale Nutzung der Marke zu beenden“, heißt es in einer Erklärung des Unternehmens, die am 15. Januar veröffentlicht wurde.

Obi erinnerte daran, dass das Unternehmen „Russland kurz nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 vollständig verlassen hat“. „Die ehemaligen russischen Tochtergesellschaften haben jedoch die Marke Obi weiterhin illegal genutzt“, erklärte das Unternehmen, dessen Hauptsitz sich in Vermelskirchen im Westen Deutschlands befindet.

„Die zuständigen russischen Gerichte haben rechtskräftige Entscheidungen getroffen, dass keine Rechte zur Nutzung der Marke bestehen, und nun wechseln die ehemaligen Tochtergesellschaften in der Russischen Föderation von der Marke Obi zu einer neuen Marke“, fügte das Unternehmen hinzu. Am 13. Januar gab die russische Hypermarktkette

„Lenta“ bekannt, dass sie „OBI Russland“ gekauft hat und deren Filialen in „DOM Lenta“ umbenennen wird.

[Немецкая Obi приветствовала отказ от своего бренда в России](#)

Internetseite des Bundeswirtschaftsministeriums zu Sanktionen

Die Internetseite des BMWF zu Sanktionen wurde nach Angaben des Ministeriums umfassend umgestaltet. Die neue Struktur bietet eine klar gegliederte, intuitivere Navigation und erleichtert den Zugang zu den komplexen Inhalten rund um Sanktionen. Zusätzlich seien nun weiterführende Informationen verlinkt, sodass vertiefende Details schnell und gezielt gefunden werden könnten.

[Sanktionen | BMWF](#)

Überblick über alle bestehenden Sanktionsmaßnahmen auf der Seite des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle BAFA:

[BAFA - Embargos – Länder](#)

Wer den Newsletter mit aktuellen Sanktionsmeldungen des Bundeswirtschaftsministeriums regelmäßig beziehen möchte, kann sich hier anmelden: sanktionsoutreach@bmwf.bund.de

3. Europäische Union

20. Sanktionspaket in Vorbereitung – diese Inhalte werden diskutiert

Die EU-Staaten planen nach Informationen der Zeitung „Welt“ zum 4. Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine Ende Februar die Verabschiedung eines 20. Sanktionspakets gegen Russland. Die bislang 19 Sanktionspakete haben laut Frankfurter Rundschau bereits einen Umfang von mehr als 600 Seiten.

Geplant sind laut dem Bericht Reisebeschränkungen und das Einfrieren von Vermögenswerten in der EU von weiteren Einzelpersonen und Organisationen, wobei insbesondere Personen, die für die Verschleppung und ideologische Umerziehung von Kindern verantwortlich sind, in den Blick genommen werden sollen.

Auch weitere Sanktionen im Energiebereich und Bankensektor sind nach Angaben von Diplomaten vorgesehen. Überlegt wird in Brüssel, den Import von russischem Uran zu verbieten und damit die Föderale Agentur für Atomenergie Russlands (Rosatom) zu sanktionieren. Außerdem sollen Schlupflöcher zur Umgehung der bisherigen Sanktionen geschlossen werden.

Sanktionen gegen russisches Uran fordern zahlreiche EU-Staaten seit Langem. Dagegen gibt es bisher aber Widerstand aus Ländern wie Frankreich und Belgien. Frankreich etwa hängt am vergleichsweise günstigen russischen Uran. Dabei könnten nach Angaben aus Diplomatenskreisen diese Staaten das für den Betrieb ihrer Atomkraftwerke benötigte Uran auch in Südafrika, Australien oder Kanada kaufen – allerdings zu höheren Preisen.

Erwartet wird zudem, dass die EU weitere Namen auf ihre schwarze Liste für Visumsverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten setzt, auf der bereits rund 2.700 Personen und Organisationen verzeichnet sind.

Dienstleistungs- und Seeverkehrsverbot für Schattenflotte

Es werden auch weitere Schiffe der Schattenflotte geben, die mit einem EU-Dienstleistungsverbot belegt werden – diese Liste umfasst bereits rund 600 Schiffe, von denen Brüssel annimmt, dass sie russisches Öl unter Verstoß gegen die verfügte Ölpreisobergrenze von nunmehr 44,10 Dollar pro Barrell transportieren. Die EU schätzte nach Informationen von Radio Free Europe (RFE) Ende letzten Jahres, dass etwa 35 Prozent aller Schiffe, die russisches Öl transportieren, dies in Übereinstimmung mit der Ölpreisobergrenze tun, während 65 Prozent Teil der Schattenflotte sind, die gegen die Obergrenze verstößt.

Die vielleicht größte potenzielle neue Sanktion könnte laut RFE ein sogenanntes vollständiges Seeverkehrsverbot für alle Schiffe, die russische kohlenstoffbasierte Ressourcen transportieren, das sich sowohl auf die oben genannten Kategorien beziehen würde. Dieses „Seeverkehrsverbot“ wurde nach RFD-Informationen in informellen Diskussionspapieren zu weiteren Sanktionen gegen Russland vorgeschlagen, die jeweils von Lettland, Litauen, den Niederlanden und Schweden verfasst wurden. Die Idee des Verbots besteht darin, dass es allen Wirtschaftsakteuren in der EU untersagt,

Dienstleistungen für Schiffe zu erbringen, die Öl, Gas oder Kohle aus russischen Häfen transportieren.

Das neue Verbot würde deutlich über die derzeitige Preisobergrenze hinaus. Erstens umfasst es auch Gas und Kohle. Zweitens würde es alle Schiffe betreffen, nicht nur diejenigen, gegen die bereits Sanktionen verhängt wurden. Und drittens würde der Verkaufspreis des Öls irrelevant werden, schreibt RFD in einer Analyse. In der Praxis würde die Sanktion EU-Schiffe vollständig daran hindern, russische Energie zu transportieren, während Nicht-EU-Schiffe dies weiterhin tun könnten, jedoch nicht mehr auf EU-Hafendienste und Versicherungen zurückgreifen könnten.

Die Niederlande plädiere zudem dafür, einen Ausstiegsmechanismus zu schaffen, um Schiffe der Schattenflotte zu verschrotten und zu recyceln. Wie dies genau funktionieren soll, wird in dem niederländischen Papier nicht näher erläutert, aber es würde wahrscheinlich große finanzielle Anreize für Schiffseigner beinhalten, mit den EU-Hafenbehörden zusammenzuarbeiten, anstatt für den Kreml zu arbeiten.

Auch Bundesaußenminister Johann Wadepful setzt sich nachdrücklich gegen weitere Maßnahmen gegen Schiffe der russischen Schattenflotte ein. Zwar gebe es bereits EU-Sanktionen gegen Schiffe und Hintermänner, so Wadepful. Nötig sei jedoch „sehr viel mehr Effektivität“ und ein deutlich intensiverer Austausch unter den Ostseeanrainern. Es müsse möglich sein, gegen Schiffe vorzugehen, deren Flaggenstatus unklar sei - also dort, wo nicht eindeutig feststeht, in welchem Staat die Tanker registriert sind. „Wir müssen jetzt alle Möglichkeiten des Seerechts nutzen, um derartige Schiffe zu stoppen“, sagte der Außenminister laut tagesschau.de. Dafür sei auch eine Novellierung des internationalen Seerechts erforderlich. Das bestehende Regelwerk verhindere bislang ein entschlossenes Vorgehen. „Es kann nicht sein, dass uns hier dauerhaft einseitig die Hände gebunden sind.“ Viele der Schiffe seien in einem schlechten technischen Zustand und mit unzureichend ausgebildeten Crews unterwegs. Eine Havarie eines großen Öltankers in der Ostsee könnte die Küsten Lettlands und Deutschlands schwer treffen. „Es droht eine ökologische Katastrophe - mit massiven wirtschaftlichen Folgen, insbesondere für den Tourismus.“

Energiesanktionen?

Die Dokumente des Quartetts schlagen auch andere Energiesanktionen gegen Russland vor, die jedoch nach Einschätzung von RFE kaum akzeptiert werden dürften. Dazu gehören Sanktionen gegen die Energiekonzerne Rosneft und Lukoil, die Großbritannien und die Vereinigten Staaten bereits verhängt haben.

Ebenso gibt es noch immer Vorbehalte, gegen Rosatom, Russlands staatliches Kernenergieunternehmen, vorzugehen, obwohl es Möglichkeiten gäbe, die Unternehmensführung mit Sanktionen zu belegen, alle neuen Verträge mit dem Unternehmen zu verbieten und möglicherweise sogar die Uranimporte aus Russland in die EU im Wert von mehr als 116 Milliarden Dollar pro Jahr zu stoppen, da die EU Uran aus anderen Quellen beziehen könnte.

Litauen plädiere auch für Sanktionen gegen PipeChina, ein Unternehmen im Besitz Pekings, das am Kauf von Flüssigerdgas aus Russland beteiligt ist. Da Brüssel zunehmend

offen zeigt, dass es auch China wegen seiner finanziellen und politischen Unterstützung für den Krieg Moskaus ins Visier nehmen kann, könnte dies möglicherweise geschehen. Es wird aber eher erwartet, dass sich die neuen Maßnahmen darauf konzentrieren werden, Lücken in den bereits verhängten Sanktionen zu schließen, indem die Auslaufdaten für Einfuhrverbote für russisches Eisen, Stahl und Nickel von später in diesem Jahrzehnt auf möglicherweise Ende dieses Jahres vorverlegt werden.

Auch Luxusgüter im Blick

Die Außenministerinnen von Schweden und Finnland, Maria Malmer Stengard und Elina Valtonen, setzen sich neben weiteren Einschnitten für Russlands Schattenflotte auch für einen Stopp von Dünger-Importen sowie schärfere Schritte gegen Luxusexporte nach Russland ein. „Es provoziert mich, dass sich reiche russische Konsumenten in teure italienische Markenkleidung hüllen und feine französische Weine trinken können“, sagte Malmer Stengard. Sanktionen für diesen Bereich gibt es bereits, für Waren im Wert von über 300 Euro.

Viele wollen auch die Einfuhr russischer Düngemittel auslaufen lassen, die der Block im vergangenen Jahr im Wert von 1,6 Milliarden Dollar importiert hat. Im Jahr 2025 einigte sich die EU darauf, schrittweise Zölle auf russische Düngemittel zu erheben, aber diese Maßnahmen werden erst 2028 mit 430 Euro (500 Dollar) pro Tonne wirklich unerschwinglich hoch sein. Daher könnte es zu einer deutlich früheren Anhebung der Zölle kommen als ursprünglich vorgesehen.

Dann gibt es noch das Problem der Umgehung von Sanktionen, das wahrscheinlich ebenfalls angegangen wird, vermutet RFE. Als Beispiel für solche Aktivitäten weist Lettland in seinem Sanktionspapier darauf hin, dass es „ungewöhnlich hohe Exportmengen von Birkenperrholz aus Drittländern mit begrenzten oder keinen nennenswerten lokalen Produktionskapazitäten wie Georgien, Ägypten, Usbekistan, Armenien, Libanon und Kirgisistan in den EU-Markt“ festgestellt habe. Es wird vermutet, dass das Produkt tatsächlich aus Russland und Weißrussland stammt, wo es Regionen mit kommerziellen Birkenwäldern gibt.

Birkenholz-Sperrholz aus Belarus und Russland unterliegt bereits einem EU-Importverbot, wobei die Maßnahmen kürzlich auf Kasachstan und die Türkei ausgeweitet wurden, nachdem Brüssel eine Umgehung der Sanktionen festgestellt hatte. Es ist zu erwarten, dass solche Maßnahmen in naher Zukunft weiter ausgebaut werden.

Der Wiener Ökonom und Sanktionsexperte Vasily Astrov sieht im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau durchaus einen möglichen Effekt einer Verschärfung in Sachen Luxusgüter. Das werde „sicherlich deren Preise in Russland in die Höhe treiben“, sagt er. „Aber die meisten Konsumenten dieser Güter können dies natürlich verkraften, weil sie ausreichende Kaufkraft haben.“ Hinzu kommt aus seiner Sicht ein weiteres Problem. „Die bisherige Erfahrung zeigt, dass ein Großteil von bereits sanktionierten Luxusgütern über Drittländer wie zum Beispiel die GUS-Länder sehr wohl nach Russland gelangt, allerdings zu höheren Preisen.“

Astrov betont: „Aus meiner Sicht gibt es für den Westen kaum Möglichkeiten, über den Sanktionsweg noch viel zu erreichen – solange China und andere Drittstaaten außerhalb

der Sanktionskoalition bleiben.“ Der Experte sieht Russland nicht etwa isoliert, sondern vom Westen „entflochten“.

Im Jahr 2024 importierten EU-Länder noch Güter im Wert von 33,5 Milliarden Euro aus Russland. In den ersten sechs Monaten 2025 lag der Wert bei rund 15 Milliarden Euro. Einer Umfrage zufolge ist Russlands Industrie im Dezember 2025 so stark geschrumpft wie seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine vor fast vier Jahren nicht mehr. Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe fiel auf 48,1 Punkte von 48,3 Zählern im November, wie der Finanzdienstleister S&P Global zu seiner Unternehmensumfrage mitteilte. Damit liegt das Barometer den siebten Monat in Folge unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Die Produktion nahm bereits den zehnten Monat in Folge ab. Die Unternehmen begründeten dies mit einer schwachen Nachfrage und weniger neuen Bestellungen.

Absicherung eines möglichen Waffenstillstands

Wie die Welt aus Brüsseler Diplomatenkreisen weiter erfuhr, sind die Europäer bereit, sich im Rahmen einer Koalition der Willigen zur Überwachung eines möglichen Waffenstillstands zwischen Russland und der Ukraine zu beteiligen. „Die Pläne dafür, wie die Sicherheitsgarantien für die Ukraine aussehen könnten, sind bereits fertig ausgearbeitet. Sie wurden im Wesentlichen von Militärexperten der britischen und französischen Streitkräfte in Zusammenarbeit mit Brüssel erstellt“, hieß es in Diplomatenkreisen, die mit den Beratungen vertraut sind.

Dabei sind Frankreich und Großbritannien offenbar bereit, sogenannte robuste Sicherheitsgarantien abzugeben. Im Klartext: Sie wären im Notfall bereit, mit Bodentruppen für die Einhaltung des Friedens zu kämpfen. Als Größenordnung für den Einsatz der europäischen Bodentruppen wird für die ersten sechs Monate eine Zahl „von 10.000 bis 15.000“ genannt. Weiter verlautet aus Diplomatenkreisen, dass „Frankreich und Großbritannien bereit sind, sich auch ohne ein Mandat der Vereinten Nationen (UN) oder der Europäischen Union an der Überwachung eines Waffenstillstands zu beteiligen“. Beiden Ländern würde eine Einladung der Ukraine genügen.

Die Überwachung des Waffenstillstands aus der Luft und von der See soll von den Nachbarstaaten der Ukraine aus sichergestellt werden. In den Planungen zur Überwachung des Waffenstillstands spielt offenbar auch die Türkei eine Rolle. Ankara könnte die Schwarzmeer-Region überwachen, hieß es.

[Brüsseler Sanktionen: Die neuen Pläne der EU gegen Russlands Kriegswirtschaft - WELT](#)

[EU Plans New Russia Sanctions As Loopholes Persist](#)

[„Trinken feine französische Weine“: Neue Luxus-Sanktionen gegen Putins Russland? Experte erklärt Problem](#)

[Wadepful fordert schärferes Vorgehen gegen russische Schattenflotte | tagesschau.de](#)

EU-Ölpreisdeckel nach unten angepasst

Im Januar hat die EU erstmals den automatischen und dynamischen Mechanismus zur Preisanpassung der Ölpreisobergrenze für russisches Rohöl angewendet. Die neue Preisobergrenze für russisches Rohöl beträgt ab dem 1. Februar 44,10 Dollar pro Barrel. Seit dem 15. Januar können alte Verträge, die unter der bisherigen Preisobergrenze abgeschlossen wurden, nur noch 90 Tage lang ausgeführt werden.

Im Rahmen des 18. EU-Sanktionspakets im Sommer 2025 wurde die Obergrenze von 60 Dollar auf 47,60 Dollar pro Barrel gesenkt und ein automatischer und dynamischer Mechanismus zur Festlegung der künftigen Preisobergrenze für Rohöl eingeführt. Der neue Mechanismus stellt sicher, dass die Obergrenze stets 15 Prozent unter dem durchschnittlichen Marktpreis für Urals-Rohöl im vorangegangenen Referenzzeitraum (22 Wochen) liegt.

Mit der Einschränkung der Energieeinnahmen sollen die Fähigkeit der russischen Regierung, ihren illegalen Angriffskrieg gegen die Ukraine fortzusetzen, reduziert werden. Die Preisobergrenze wird alle sechs Monate von der Kommission überprüft, wobei außerordentliche Überprüfungen möglich sind, wenn dies aufgrund der Entwicklungen auf den Ölmärkten oder anderer unvorhergesehener Umstände gerechtfertigt ist.

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2026/124 der Kommission vom 14. Januar 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[New dynamic mechanism to lower price cap for Russian crude oil to \\$44,10 per barrel - Finance](#)

[Евросоюз снизит потолок цен на российскую нефть | Forbes.ru](#)

EU-Importverbot für russisches Rohöl seit 21. Januar in Kraft

Auch Aufgrund neuer Maßnahmen der EU fällt es Russland offensichtlich schwerer, sein Rohöl in Drittländern abzusetzen. Dies berichtet Radio Free Europe in einer Analyse. Gleichzeitig seien aber noch nicht alle Schlupflöcher für russische Ölexporteur geschlossen worden.

Laut Daten des Center for Research on Energy and Clean Air (CREA) hat beispielsweise die türkische Raffinerie Tupras die Abnahme russischer Rohölimporte im Dezember 2025 um fast 70 Prozent reduziert und so auf am 21. Januar 2026 in Kraft getretene EU-Sanktionen reagiert. Die EU verbietet ab dem genannten Datum die Einfuhr von Produkten aus russischem Rohöl in die Europäische Union. Es wurde bereits im Juli als Teil des 18. Sanktionspakets der Union angekündigt, um den Raffinerien Zeit zu geben, ihre Importe im Voraus zu reduzieren.

Besonders betroffen seien von dem Verbot Raffinerien in der Türkei und Indien, die russisches Rohöl importierten, es zu Produkten wie Düsentreibstoff, Diesel oder Beimischungskomponenten verarbeiteten und diese dann auf die EU-Märkte lieferten. Die hohe Ölproduktion 2025 habe zudem zu einem starken Rückgang der Ölpreise geführt und die russischen Öleinnahmen auf den niedrigsten Stand seit 2022 gedrückt.

Kpler-Analyst Sumit Ritolia verweist zudem darauf, dass auch große indische Raffinerien bereits „Selbstsanktionen“ verhängt hätten, indem sie ankündigten, kein russisches Rohöl mehr zu kaufen. „Die Türkei importiert zwar weiterhin russisches Öl, aber die Mengen gehen zurück, sie sind um 20 bis 30 Prozent gesunken“, fügte er hinzu.

Das Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) stellte laut Radio Free Europe fest, dass Indiens Importe von russischem Rohöl im Dezember 2025 um 29 Prozent und damit auf den niedrigsten Stand seit der Einführung der G7-Preisobergrenze vor drei Jahren zurückgegangen sind. Ein großer Teil der Maßnahme gehe dabei auf die US-Sanktionen gegen Rosneft und Lukoil zurück, die als größte Ölproduzenten Russlands im Herbst sanktioniert worden waren.

Kritiker warnen allerdings davor, dass einige Raffinerien versuchen könnten, die Herkunft des in ihren Produkten verwendeten Rohöls zu verschleiern, um die EU-Sanktionen zu umgehen. Sie weisen auch darauf hin, dass Ausnahmeregelungen für Länder wie Großbritannien oder Serbien die Möglichkeit schaffen, aus russischem Rohöl raffinierte Ölprodukte in die EU zu reexportieren.

Der CREA-Analyst Isaac Levi sagte, dass dieselbe Taktik auch innerhalb einzelner Länder angewendet werden könnte, da sich das Verbot auf Häfen und Raffinerien bezieht, die russisches Rohöl importieren. „Es gibt eine georgische Raffinerie namens Kulevi am Schwarzen Meer, die russisches Rohöl kauft, es zu Produkten verarbeitet und diese raffinierten Produkte offenbar von einem anderen Hafen aus verschifft“, sagte Levi.

Er unterzeichnete einen offenen Brief einer internationalen Allianz von rund 100 zivilgesellschaftlichen Gruppen an die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas, in dem die EU aufgefordert wurde, die Vorschriften zu verschärfen. „Wir haben eine Reihe verschiedener Lösungen vorgeschlagen ... eine davon ist das Verbot der Einfuhr von raffinierten Kraftstoffen aus Raffinerien, die über eine Pipeline-Verbindung zu russischem Rohöl verfügen. Das wären vor allem Raffinerien in China, die an eine russische Pipeline angeschlossen sind. Eine recht einfache Methode, mit der Hunderte Millionen, wenn nicht sogar Milliarden Euro daran gehindert werden könnten, an den Kreml zu fließen“, sagte Levi.

Einige Beobachter warnen davor, dass China einen Teil der überschüssigen russischen Ölvorräte, die von Indien, der Türkei oder anderen Ländern aufgegeben werden, aufnehmen könnte. Daten der CREA zeigen tatsächlich einen Anstieg der chinesischen Seetransporte von Rohöl aus Russland um 23 Prozent im Dezember. Erica Downs, eine leitende Wissenschaftlerin an der Columbia University, die sich auf chinesische Energiemärkte spezialisiert hat, erklärte, dass kleine, unabhängige Raffinerien, sogenannte „Teapots“, tatsächlich eine Schlüsselrolle beim Kauf russischen Rohöls spielen würden. Diese machten etwa 20 Prozent der chinesischen Raffineriekapazität aus und „wechseln hin und her“ zwischen russischem und iranischem Rohöl.

„Ich denke, man kann mit Sicherheit sagen, dass China nicht in der Lage sein wird, alles aufzunehmen, was Indien und die Türkei ablehnen. Aber insbesondere die Teapots sind Schnäppchenjäger. Und wenn der Preisnachlass groß genug ist und sie das Risiko für tragbar halten, werden sie mehr kaufen“, so Downs. Chinas große nationale Ölkonzerne gingen vorsichtig mit Sanktionen um, die „Teekannen“ machten sich jedoch weniger Sorgen. „Da viele von ihnen nicht mit dem US-Dollar-Finanzsystem in Berührung kommen, sind sie viel eher bereit, mit sanktioniertem Rohöl zu handeln.“

[New Sanctions On Russian Oil Hit Indian, Turkish Refineries. Enter China?](#)

800-Milliarden-Plan zum Wiederaufbau der Ukraine: Schneller Weg zur EU-Mitgliedschaft?

Die USA und die EU wollen bis zu 800 Milliarden Dollar an öffentlichen und privaten Mitteln für den Wiederaufbau der Ukraine mobilisieren, sobald Russland seine groß angelegte Invasion beendet hat. Dies geht aus einem 18-seitigen Dokument hervor, das in Brüssel zirkuliert und von Politico eingesehen werden konnte.

Das Dokument enthält demnach einen Zehnjahresplan, der den Wiederaufbau der Ukraine mit einem beschleunigten Weg zur EU-Mitgliedschaft verknüpft. Die Europäische Kommission habe die Pläne vor dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 22. Januar an die EU-Hauptstädte verteilt.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bekräftigte, dass die Ukraine eine beschleunigte Mitgliedschaft in der EU bis Anfang 2027 anstrebe. Dies sei ein wesentlicher Pfeiler einer Friedenslösung. Die Ukraine könne einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit Europas übernehmen. Bundeskanzler Friedrich Merz und andere Politiker zeigten sich bezüglich des ambitionierten Ziels hingegen skeptisch. Die Ukraine müsse wie andere Länder auch alle Beitrittsbedingungen der Union erfüllen. Die ungarische Regierung kündigte entschiedenen Widerstand an.

Laut dem verbreiteten Plan wollen Brüssel und Washington Finanzhilfen in Höhe von Hunderten von Milliarden Dollar bereitstellen und die Ukraine als zukünftiges EU-Mitglied zu einem attraktiven Investitionsziel machen. Die Finanzierungsstrategie erstreckt sich bis 2040 und wird von einem sofortigen 100-Tage-Aktionsplan begleitet, um das Projekt auf den Weg zu bringen. Laut BlackRock, dem weltweit größten Vermögensverwalter aus den USA, der den Wiederaufbauplan ehrenamtlich berät, wird der Plan nur greifen können, wenn der Krieg beendet ist.

Der Wohlstandsplan ist Teil eines 20-Punkte-Friedensplans, den die USA zwischen Kiew und Moskau vermitteln wollen. Er geht laut Politico ausdrücklich davon aus, dass Sicherheitsgarantien bereits bestehen, und ist nicht als militärischer Fahrplan gedacht. Stattdessen konzentriert er sich darauf, wie die Ukraine den Übergang von Nothilfe zu selbsttragendem Wohlstand schaffen kann.

Die USA werden eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau der Ukraine spielen. Anstatt Washington in erster Linie als Geldgeber darzustellen, positioniert das Dokument die USA als strategischen Wirtschaftspartner, Investor und glaubwürdigen Anker für den Wiederaufbau der Ukraine.

Die Mitteilung geht von einer direkten Beteiligung US-amerikanischer Unternehmen und Experten vor Ort aus und hebt die Rolle der USA als Mobilisierer von Privatkapital hervor, schreibt Politico. Larry Fink, Vorstandsvorsitzender von BlackRock, hat zusammen mit Jared Kushner, dem Schwiegersohn von US-Präsident Donald Trump, und dessen Sonderbeauftragten Steve Witkoff an Friedensgesprächen mit Kiew teilgenommen.

In den nächsten zehn Jahren wollen die EU, die USA und internationale Finanzinstitutionen, darunter der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, laut dem Dokument 500 Milliarden Dollar an öffentlichen und privaten Mitteln bereitstellen. Die EU-Kommission beabsichtigt, im Rahmen des nächsten Siebenjahreshaushalts der Union ab 2028 weitere 100 Milliarden Euro für Kiew in Form von Budgethilfen und Investitions Garantien bereitzustellen. Diese Mittel sollen Investitionen in Höhe von 207 Milliarden Euro für die Ukraine freisetzen. Die USA haben zugesagt, Kapital über einen speziellen US-Ukraine-Wiederaufbaueinlagefonds zu mobilisieren, ohne jedoch einen Betrag zu nennen. Washington erklärte in dem Dokument, dass es in wichtige Mineralien, Infrastruktur, Energie- und Technologieprojekte in der Ukraine investieren werde.

[Document reveals EU-US pitch for \\$800B postwar Ukraine 'prosperity' plan – POLITICO](#)

[EU plan envisages Ukraine's accession by 2027, up to \\$1.6 trillion in funding for Kyiv, Orban claims](#)

[Krieg in der Ukraine: Selenskyj besteht auf EU-Beitritt für Ukraine schon 2027](#)

Ausweitung der EU-Sanktionen gegen sechs russische Journalisten und Künstler

Am 29. Januar veröffentlichte die EU neue Sanktionen gegen sechs prominente russische Medienschaffende und Künstler in Zusammenhang mit deren Unterstützung für den russischen Krieg in der Ukraine:

Dmitry Guberniev - russischer Fernsehmoderator, Journalist, Sportkommentator, Berater des Generaldirektors des Propagandasenders ‚Russia‘ sowie Berater des Ministers für Sport der Russischen Föderation.

Ekaterina Andreeva – Chefnachrichtensprecherin des russischen Staatsfernsehens. Seit 1997 ist sie Moderatorin und Chefsprecherin des Nachrichtenprogramms ‚Vremya‘ auf ‚Channel One‘.

Maria Sittel – Chefnachrichtensprecherin des russischen Staatsfernsehens. Seit 23 Jahren ist sie Moderatorin und Sprecherin des Nachrichtenprogramms ‚Vesti‘ auf dem Fernsehsender ‚Rossija‘.

Pavel Zarubin – ein bekannter russischer Propagandist mit exklusivem Zugang zur Agenda Wladimir Putins. Er moderiert die Propaganda-Sendung „Moscow. Kremlin. Putin“.

Roman Chumakov – russischer Schauspieler und Sänger. Nach Beginn des groß angelegten Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine habe er aktiv die russische Armee unterstützt.

Sergey Polunin – in der Ukraine geborener russischer Balletttänzer, ehemaliger Rektor der Sevastopol Choreography Academy und Preisträger des Presidential prize of Young Cultural Figures. Seit Beginn des groß angelegten Angriffskriegs gegen die Ukraine habe Polunin die russische Armee aktiv unterstützt, unter anderem durch Geldspenden an die russischen Streitkräfte.

[L_202600259DE.000101.fmx.xml](#)

Neue EU-Sanktionen gegen Iran mit Bezug zum russischen Angriffskrieg

Am 29. Januar hat der Europäische Rat eine Reihe zusätzlicher Sanktionen gegen Personen und Organisationen im Iran beschlossen, die entweder für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind oder Russlands Angriffskrieg in der Ukraine unterstützen. Auch die Exportverbote für den Iran wurden ausgeweitet:

- In Zusammenhang mit der iranischen Unterstützung für Russland wurden vier Personen und sechs Organisationen neu gelistet, darunter private Unternehmen, die in der Entwicklung und Produktion von Drohnen tätig sind. Darüber hinaus hat die EU das Verbot der Ausfuhr, des Verkaufs, der Weitergabe oder der Lieferung aus der EU nach Iran auf weitere Komponenten und Technologien ausgeweitet, die bei der Entwicklung und Herstellung von unbemannten Fluggeräten und Raketen verwendet werden.
- Im Rahmen der Sanktionen für Menschenrechtsverletzungen hat die EU 15 Personen, darunter eine Reihe von Kommandeuren der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC) und hochrangigen Beamten der Polizei und der Strafverfolgungsbehörde (LEF), sowie 6 Organisationen, nämlich die iranische Regulierungsbehörde für audiovisuelle Medien (SATRA), die Seraj Cyberspace Organization, die Arbeitsgruppe zur Feststellung strafbarer Inhalte (WGDICC) und Softwareunternehmen neu gelistet.

[Iran: Council adopts new sanctions over serious human rights violations and Iran's continued support to Russia's war of aggression against Ukraine - Consilium](#)

[L_202600262DE.000101.fmx.xml](#)

[L_202600267DE.000101.fmx.xml](#)

LNG-Exporte aus Russland in die EU übertrafen 2025 die Pipeline-Lieferungen

Nach Angaben der europäischen Denkfabrik Bruegel werden die russischen Flüssigerdgaslieferungen an die Länder der Europäischen Union (EU) im Jahr 2025 zum ersten Mal die Pipeline-Lieferungen übertreffen. Darüber berichtet die russische Zeitung Wedomosti. Die russischen LNG-Exporte in die EU beliefen sich im vergangenen Jahr auf 19,9 Milliarden Kubikmeter, während die Pipeline-Lieferungen 18,1 Milliarden Kubikmeter betrugten. Laut Bruegel sind die russischen Gasexporte in die EU im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 30 Prozent auf 38 Milliarden Kubikmeter gesunken, was vor allem auf die Einstellung des Transits durch die Ukraine zurückzuführen ist. Die Pipeline-Lieferungen gingen dabei um 45 Prozent und die LNG-Exporte um 7 Prozent zurück.

Russisches Gas über die verbliebene Pipeline Turk Stream wird vor allem von Ländern abgenommen, die Russland relativ freundlich gesinnt sind - Ungarn, Serbien und die Slowakei. Gleichzeitig wird russisches Flüssiggas von Ländern importiert, die antirussische Sanktionen unterstützen - Frankreich, Spanien, die Niederlande und Belgien.

Experten führen den relativen Rückgang der LNG-Lieferungen im Vergleich zum Jahr 2024 auf die US-Sanktionen gegen die Anlage Cryogas-Vysotsk und den LNG-Komplex von Gazprom in der Kompressorstation Portovaya im Leningrader Gebiet (Portovaya) sowie auf das Verbot der Wiederausfuhr von russischem LNG in Drittländer zurück.

Der Anteil des russischen Brennstoffs an den gesamten Gasimporten in die EU sank im vergangenen Jahr auf 12,1 Prozent, gegenüber 18,3 Prozent im Jahr 2024. Spitzenreiter bei den Gasexporten in die EU im Jahr 2025 ist Norwegen (97,1 Mrd. m³, 31 Prozent). Es folgen die USA (82,9 Mrd. m³, 26,4 Prozent) und Algerien (38,6 Mrd. m³, 12,3 Prozent). Gas in die EU kam im vergangenen Jahr auch aus Großbritannien (14,1 Mrd. m³, 4,5 Prozent), Aserbaidschan (12,3 Mrd. m³, 3,9 Prozent) und Libyen (918 Mio. m³, 0,3 Prozent).

Auch 2026 werde die EU noch ein bedeutender Markt für russische Gasexporte, einschließlich Flüssiggas, bleiben, so die von „Wedomosti“ befragten Experten. Die Novatek-Anlage Yamal LNG liefert immer noch den größten Teil ihrer Mengen in die EU. Gleichzeitig werden aber der Anteil der LNG-Lieferungen nach Asien zunehmen. Dies ist auf die Einführung von EU-Beschränkungen für LNG-Importe aus Russland, die Anpassung russischer LNG-Anlagen an die US-Sanktionen und den Aufbau von Produktlieferungen nach China zurückzuführen, erklärt Maria Belova, Forschungsleiterin bei Implementa.

Derzeit ist das Volumen der russischen LNG-Lieferungen an die asiatisch-pazifischen Märkte noch mit den Lieferungen nach Europa vergleichbar, sagt Sergey Kaufman, Analyst bei Finam gegenüber Wedomosti. Die Bedeutung des asiatischen Marktes für Russland wird vor dem Hintergrund der Pläne von Gazprom, die Gasexporte nach China auf 106 Milliarden Kubikmeter zu erhöhen, weiter zunehmen, glauben die Analysten. Dabei geht es um Lieferungen über drei Pipelines: Power of Siberia (44 Milliarden Kubikmeter), die

Fernostroute (12 Milliarden Kubikmeter) und Power of Siberia-2 (50 Milliarden Kubikmeter). Das russische Unternehmen und die China National Petroleum Corporation (CNPC) unterzeichneten im September 2025 ein rechtsverbindliches Memorandum über die Siberia-2 Power Line.

Die EU will bereits ab dem 25. April 2026 kein LNG mehr aus Russland im Rahmen von Kurzzeitverträgen importieren. Das Verbot ist im 19. Sanktionspaket vorgesehen, das am 23. Oktober 2025 verabschiedet wurde. LNG-Lieferungen im Rahmen langfristiger Verträge sollen ab dem 1. Januar 2027 eingestellt werden. Pipeline-Gaslieferungen aus Russland im Rahmen kurzfristiger Verträge können ab dem 17. Juni 2026 und im Rahmen langfristiger Verträge ab dem 30. September 2027 eingestellt werden. Die Turkish-Stream-Pipeline und ihre Fortsetzung auf der Balkanhalbinsel bleiben die einzige bestehende Pipelinerroute für Gaslieferungen aus Russland in die EU.

[Экспорт СПГ из России в ЕС в 2025 году впервые опередил трубопроводные поставки - Ведомости](#)

Verschärfte Bankenprüfung belastet auch russische Dissidenten

Seit Anfang Dezember 2025 führt die Europäische Kommission Russland auf ihrer Liste der Hochrisikoländer mit unzureichenden Kontrollen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Diese lang erwartete Entscheidung bedeutet, dass europäische Banken und Unternehmen nun gesetzlich verpflichtet sind, Kunden mit Verbindungen zu Russland einer verstärkten Sorgfaltspflicht zu unterziehen. Das Ziel besteht darin, den Zugang des Kremls zur europäischen Wirtschaft weiter einzuschränken, schreibt das Onlineportal Finanzen und Wirtschaft (FuW) in einer Analyse.

Die Ukraine hat sich laut dem Bericht seit langem dafür eingesetzt, Russland auf die schwarze Liste zu setzen, und dabei umfangreiche Beweise für seine Verstöße vorgelegt. China, Indien, Südafrika und andere Länder, die mit dem Kreml sympathisieren, haben diese Forderung jedoch wiederholt zurückgewiesen und dabei die konsensorientierte Entscheidungsfindung der FATF ausgenutzt. Die Financial Action Task Force (FATF) ist die internationale Behörde, die eine globale schwarze Liste überwacht.

Die FATF hat Russland zwar wegen der Invasion der Ukraine suspendiert, ihm jedoch erlaubt, aktives Mitglied ihrer eurasischen Tochterorganisation zu bleiben. Angesichts dieser Einschränkungen auf globaler Ebene und der Spaltung des transatlantischen Bündnisses hat die EU schließlich ihre unabhängigen Listungsbefugnisse ausgeübt.

Viele europäische Banken und Finanzinstitute behandeln Kunden mit Verbindungen zu Russland bereits seit längerem als risikoreich, um Sanktionen zu vermeiden, was darauf hindeutet, dass diese Maßnahmen – die von privaten Unternehmen lediglich eine verstärkte Sorgfaltspflicht verlangen – ihre Geschäftstätigkeit nicht wesentlich verändern werden.

Dennoch wird die Entscheidung der EU eine Lücke schließen, schreibt FuW weiter. Die strenge Aufsicht durch die Regulierungsbehörden könnte große Institutionen dazu veranlassen, ihr Engagement gegenüber Kunden mit Verbindungen zu Russland zu reduzieren, aber kleinere Akteure – darunter Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte, Unternehmensdienstleister, Immobilienmakler, Plattformen für digitale Währungen und Anbieter von Glücksspieldiensten – verfügten über weniger ausgereifte Compliance-Kontrollen.

Die Aufnahme in die EU-Liste werde aber nicht nur Russland belasten, sondern auch Kollateralschäden für unschuldige russische Zivilisten verursachen, darunter auch in Europa lebende Dissidenten, die sich aktiv gegen Putins Regime stellen, erwarteten „Finanzen und Wirtschaft“. Russische Emigranten, von denen die Mehrheit keine Oligarchen sind, beklagen seit Langem, dass sie aus Angst vor Sanktionen keinen Zugang zu grundlegenden Bankdienstleistungen haben.

Viele haben Klage eingereicht und sich damit einer wachsenden Zahl von Auswanderern, Politikern und risikoreichen Unternehmern aus aller Welt angeschlossen, die behaupten, aufgrund der AML-Standards „aus dem Bankensystem ausgeschlossen“ worden zu sein.

Die neue Maßnahme der EU würden nicht nur die Ausgrenzungspraktiken festigen, sondern die Betroffenen höchstwahrscheinlich auch zu alternativen Zahlungssystemen wie digitalen Währungen oder Hawala treiben, erwarten „FuW“.

[Geldwäsche: EU setzt Russland auf schwarze Liste, doch Dissidenten leiden mit](#)

Gaslieferungen aus Russland stark gesunken

Seit Beginn des Krieges 2022 sind die russischen Gaslieferungen über Pipelines nach Europa stark gesunken und bewegen sich mittlerweile auf den niedrigsten Stand seit Anfang der 1970er-Jahre, meldet die Nachrichtenagentur Reuters. Ihren Berechnungen zufolge, die sich auf Daten des Gasnetzbetreiberverbandes ENTSOG stützen, flossen 2025 noch 18 Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas durch die letzte verbleibende Pipeline, TurkStream, nach Europa. Das bedeutete einen Einbruch zum Vorjahr um 44 Prozent und den niedrigsten Wert, seitdem die Lieferungen im Oktober 1973 aus den Gasfeldern Sibirien nach Deutschland begannen. Den Höhepunkt markierten die Jahre 2018 und 2019 mit 175 bis 180 Milliarden Kubikmetern, dem Zehnfachen des aktuellen Werts. Darüber hinaus hat aber allein die EU im Jahr 2025 rund 27 Milliarden Kubikmetern Flüssig-Erdgas aus Russland bezogen.

[EU agrees historic phase-out of Russian gas by 2027 | European Gas Hub](#)

Europäer sind wichtigster Kunde des russischen Jamal-Projektes

Das russische Jamal-LNG-Projekt bringt Russland weiterhin Milliarden Euro aus der EU ein. Neue Daten zeigen, dass mehr als drei Viertel der Flüssiggas-Exporte des Projekts im Jahr 2025 an EU-Terminals geliefert wurden, obwohl die Union sich verpflichtet hat, die Einfuhr von russischem Flüssiggas bis zum 1. Januar 2027 zu verbieten. Dies berichtet BNE Intellinews.

Eine am 8. Januar von der Umwelt-NGO Urgewald veröffentlichte Analyse, die auf Zahlen des Rohstoffanalyseunternehmens Kpler basiert, zeige demnach, dass im Jahr 2025 15 Millionen Tonnen LNG vom Jamal-Terminal tief in den arktischen Regionen Russlands die EU-Häfen erreichten und damit 75 Prozent mehr als im Vorjahr exportiert wurde. Der Handel hatte für den Kreml einen geschätzten Wert von 7,2 Milliarden Euro.

Die LNG-Importe aus den USA machten im vergangenen Jahr 57 Prozent aller Importe aus, während Russland weitere 14,3 Prozent beisteuerte, nach 15,1 Prozent im Jahr zuvor. Vor dem Krieg hatte Russland einen Anteil von 35 bis 40 Prozent an den Erdgasimporten Europas, die größtenteils über Pipelines transportiert wurden.

Frankreich entwickelte sich 2025 zum größten EU-Importeur von Jamal-LNG, wobei 87 Lieferungen mit 6,3 Millionen Tonnen – 41,7 Prozent der Jamal-Importe der EU – über die Häfen von Dünkirchen und Montoir erfolgten. Das belgische Terminal Zeebrugge empfing 58 Schiffe und 4,2 Millionen Tonnen LNG. 3,6 Millionen Tonnen wurden mit 51 Tankern nach China transportiert.

Zwei europäische Reedereien, Seapeak (Großbritannien) und Dynagas (Griechenland), stellten den Großteil der Transportkapazität bereit und betrieben 11 der 14 spezialisierten Arc7-Eisklasse-LNG-Tanker, die für die Navigation unter arktischen Bedingungen erforderlich sind. Zusammen machten sie 2025 über 70 Prozent des Handels zwischen Jamal und der EU aus.

[bne IntelliNews - EU remains top buyer of Russian Arctic LNG despite 2027 phase-out pledge](#)

Litauen hält an Transitsanktionen gegen Belarus fest

Mitte Dezember haben die USA Sanktionen gegen belarussische Kalidüngemittel aufgehoben, im Gegenzug für die Freilassung von mehr als 100 Gefangenen aus Belarus. Litauen hingegen hält an den Transitsanktionen gegen belarussischen Kali-Dünger fest, die seit dem 1. Februar 2022 gelten und wird dabei von Polen und Lettland unterstützt, wie die Baltic Times berichtet.

Die US-Sanktionen gegen Belaruskali traten am 8. Dezember 2021 in Kraft. Die Europäische Union (EU) folgte später diesem Beispiel und verhängte am 2. März 2022 Sanktionen gegen Belaruskali, als der europäische Block eine Verordnung verabschiedete, die den Transport von Kalidüngemitteln aus Belarus verbietet.

Der litauische Außenminister Kestutis Budrys erklärte, dass die Aufhebung der Sanktionen der USA gegen belarussische Kalidüngemittelexporte keine Auswirkungen auf Litauen und die Europäische Union haben werde, da die europäischen Sanktionen in Kraft bleiben würden. Laut Nauseda verfolgen die USA mit der Aufhebung der oben genannten Sanktionen gegen Belarus andere Ziele. „Dies ist ein Land, das auf der anderen Seite des Atlantischen Ozeans liegt, und zweifellos verfolgen sie aufgrund ihrer Größe eine etwas andere geopolitische Strategie, wenn sie die Welt als Ganzes betrachten. Wir befinden uns in diesem Teil des Kontinents, den man als heiß bezeichnen kann, wo aggressive Staaten agieren. Und aggressive Staaten zu beschwichtigen oder sich ihnen zu beugen bedeutet, dass sie einen als schwach und noch verletzlicher betrachten, und ein solches Verhalten würde ihre aggressiven Ambitionen wahrscheinlich nur noch weiter anheizen.“

[Latvia and Poland set to stand with Lithuania on Belarusian fertilizer transit - Lithuanian president](#)

Illegaler Autohandel aufgedeckt

Die polnischen Behörden haben laut Angaben der EU-Betrugsbekämpfungsbehörde zur Aufdeckung eines Sanktionsverstoßes beigetragen, bei dem mehr als 760 Fahrzeuge illegal von Europa nach Russland verschickt wurden. Das berichtet der polnische Fernsehsender TVP. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) erklärte in einer Stellungnahme, dass es eine „komplexe grenzüberschreitende Untersuchung“ durchgeführt habe, nachdem der Verdacht aufgekommen war, dass Fahrzeuge, die als Exporte in andere Länder deklariert worden waren, in Wirklichkeit nach Russland verschickt wurden.

„Obwohl die Fahrzeuge als für die [Türkei] bestimmt deklariert waren, deuteten die von den polnischen Zollbehörden gesammelten Beweise darauf hin, dass ihr tatsächliches Ziel Russland war“, fügte es hinzu. Die Behörde gab an, Zoll-, Handels- und Transportinformationen abgeglichen und „ein umfassenderes System unter Beteiligung mehrerer Exporteure in der EU“ aufgedeckt zu haben.

Insgesamt 766 Transportfahrzeuge, die angeblich für Importeure in Ländern wie Armenien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan und Moldawien bestimmt waren, seien nie an ihren angegebenen Bestimmungsorten angekommen, erklärte OLAF und fügte hinzu, dass die Behörden dieser Länder bei den Ermittlungen kooperiert hätten. „Durch die individuelle Verfolgung jedes einzelnen Fahrzeugs rekonstruierte OLAF die Logistikkette und lokalisierte die Fahrzeuge schließlich in Russland, wodurch der Verdacht auf eine Umgehung der EU-Sanktionen bestätigt wurde“, hieß es.

[Poland uncovers Russia sanctions evasion scheme](#)

Russische Sabotage in Polen aufgedeckt

Russische Spione haben laut einem Bericht des polnischen Senders TVP World Aufnahmen eines Brandanschlags auf ein polnisches Lagerhaus im Jahr 2024 in den sozialen Medien geteilt und dabei mit dem Kreml verbundene Konten genutzt, um Ukrainer als Täter darzustellen.

Fotos und Videos, die einen Brand in einem Baulagerhaus in der zentralpolnischen Stadt Radom im Mai 2024 zeigen, tauchten zuerst auf zwei Telegram-Kanälen auf, die mit dem russischen Militärgeheimdienst GRU in Verbindung stehen, berichtete die polnische Website OKO.press.

Die Beiträge auf den Konten Otryad Kovpaka und Svarschiki, in denen eine Beteiligung der Ukraine an dem Brand behauptet wurde, wurden nur wenige Stunden nach dem Vorfall veröffentlicht, lange bevor polnische Medien oder Behörden sich dazu geäußert hatten.

Der Brand, bei dem es keine Opfer gab und der von der Feuerwehr schnell unter Kontrolle gebracht wurde, erregte in Polen erst im Juli 2025 breite Aufmerksamkeit, als ein 27-jähriger kolumbianischer Staatsbürger wegen Sabotage im Auftrag russischer Sonderdienste angeklagt wurde.

Moskau wird seit langem vorgeworfen, Desinformation zu nutzen, um Kiew fälschlicherweise in solche Vorfälle in Polen zu verwickeln, als Teil einer umfassenderen Kampagne, die darauf abzielt, anti-ukrainische Stimmungen in der Öffentlichkeit zu schüren. Es hat auch pro-kremlfreundliche Ukrainer eingesetzt, um angebliche Sabotageaktionen durchzuführen.

Unterdessen befürchtet das Bundesamt für Verfassungsschutz laut einem Bericht des Tagesspiegels auch für Deutschland einen Anstieg russischer Sabotageakte. „Es ist davon auszugehen, dass die hybriden Angriffe weiter zunehmen“, warnte Ferdinand Gehring, Experte für Sicherheitspolitik bei der Unternehmensberatung FTI Consulting, im Gespräch mit dem Tagesspiegel.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet, dass russische Aktivitäten seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine im Jahr 2022 stark zugenommen hätten. Russland habe dabei die deutsche Öffentlichkeit im Blick, das Militär, kritische Infrastruktur, aber auch Privatunternehmen.

Über Kasernen, Flughäfen oder Unternehmen werden zunehmend Drohnen gesichtet, die teilweise in russischem Auftrag unterwegs sein sollen. Ein Beispiel für einen konkreten Angriff sind Brandsätze in Frachtmaschinen. So brannte etwa im Juli 2024 ein Paket am Flughafen Leipzig. Sicherheitsscans hatten offenbar Zünder und Brandmittel nicht erkannt.

[How Russian spies 'leaked' footage of arson attack in Poland](#)

(Tagesspiegel - Paywall)

[Hybride Angriffe als Kriegsvorbereitung?: So geht Russland gegen Deutschland vor](#)

Aktualisierte FAQ der EU zu Sanktionsfragen:

Überblicksseite:

[Frequently asked questions - Sanctions against Russia - European Commission](#)

19. Dezember 2025:

Konsolidierte FAQ:

[Consolidated version - Finance - European Commission](#)

19. Dezember 2025

Sonderwirtschaftszonen

[Special economic zones - Finance - European Commission](#)

17. Dezember 2025

Dual-use-Güter

[Export-related restrictions for dual-use goods and advanced technologies - Finance](#)

17. Dezember 2025:

Bewegungsmöglichkeiten für russische Diplomaten

[Movements of Russian diplomats - Finance - European Commission](#)

17. Dezember 2025:

Restriktionen für den Diamantenhandel

[Restrictions on diamonds - Finance - European Commission](#)

4. Russland

Zwangsverwaltung für Rockwool und Canpack

Laut einem Bericht des russischen Kommersant hat Russlands Präsident Wladimir Putin Ende Dezember 2025 per Dekret die Russlandtöchter zweier weiterer westlicher Unternehmen unter Fremdverwaltung gestellt. Betroffen sind der dänische Dämmstoffhersteller Rockwool und der polnisch-amerikanische Hersteller von Getränkedosen Canpack. Das Dekret hatte Putin am 31. Dezember unterschrieben. Das Russland-Geschäft der beiden Unternehmen soll demnach auf zwei bisher kaum bekannte russische Unternehmen übergehen. Die ausländischen Konzernmütter bleiben formal Eigentümer der Unternehmen.

Rockwool verfügt über vier Fabriken in Russland, die auf einen Wert von 550-650 Millionen Euro geschätzt werden. Im Falle von Canpack geht es hauptsächlich um zwei Fabriken mit einem geschätzten Wert von 330 Millionen Euro.

[Россия ввела временное управление над активами Rockwool и CanPack в РФ](#)

80 ausländische Unternehmen verließen 2025 Russland

Im Jahr 2025 haben 80 ausländische Unternehmen den russischen Markt verlassen, wodurch sich die Gesamtzahl der internationalen Unternehmen, die sich seit der Invasion der Ukraine im Jahr 2022 vollständig aus Russland zurückgezogen haben, laut dem KSE-Institut auf 547 erhöht hat.

Allein zwischen Oktober und Dezember 2025 schlossen laut der Statistik unter anderem die Unternehmen Anecoop, Generix, Kronospan, MAKROchem, METAProactive, Nokia, NSH Group, Rittal und Roland Corporation ihre Geschäftstätigkeit ein. Zu den Unternehmensverkäufen im gleichen Zeitraum gehörten ABB, Allianz, Amalva Group, dentsu, Grupo Antolín, Krewel Meuselbach GmbH, TP, TVH Parts Co., VLG.FILM, STO SE & Co. KGaA und Preiss-Daimler.

Sanktionierte Milliardäre halten sich mit Investitionen zurück

Laut einer Studie der Moskauer Wirtschaftsuniversität Higher School of Economics steht nur etwa die Hälfte der 125 russischen Milliardäre (Forbes-Liste 2024) unter internationalen Sanktionen. Davon befänden sich 37 Personen unter härtesten US-Sanktionen. Gegen 23 Personen wurden sowohl von den USA als auch von der EU-Sanktionen verhängt, und 21 der in der Liste aufgeführten Personen stünden unter dem „Sanktionsbeschluss“ der USA, der EU und anderer Länder.

Nach Shvetsovas Berechnungen taucht die Hälfte der russischen Milliardärsliste in keiner Sanktionsliste auf. Die meisten der sanktionierten Geschäftsleute fielen unter Sanktionen „dritter Ordnung“ - aus Großbritannien, Japan, Neuseeland und Australien, die keinen nennenswerten Schaden anrichteten.

Die Reaktionen der russischen Milliardäre auf die westlichen Sanktionen variierten je nach Größe und Art ihres Kapitals und der Art der Beschränkungen, schreibt die Forscherin Elena Shvetsova. Die geschäftlichen Strategien der stark sanktionierten Milliardäre würden sich demnach deutlich von denen der übrigen Milliardäre unterscheiden:

- 25 Prozent der Milliardäre, gegen die Sanktionen verhängt wurden, griffen zu einem beschleunigten Verkauf von Auslandsvermögen;
- die Tatsache, dass sie auf der US-Sanktionsliste stehen, führte in Kombination mit ähnlichen EU-Maßnahmen in den meisten Fällen zu einer Änderung oder Komplizierung der Eigentumsstruktur des zugrundeliegenden Vermögenswerts durch die Übertragung von Eigentumsrechten auf verbundene Unternehmen oder Trusts;
- nur 15 Prozent der Milliardäre, die keinem Sanktionsdruck ausgesetzt waren, griffen auf Eigentumsübertragungen zurück, während 62 Prozent der am stärksten sanktionierten Milliardäre diese Strategie anwendeten;
- Milliardäre, die keinen Sanktionen ausgesetzt waren, investierten aktiv in inländische Projekte - fast 60 Prozent dieser Gruppe taten dies. Von denjenigen, die sich den „massivsten Schikanen“ ausgesetzt sahen, taten dies weniger als 40 Prozent;
- 18 -19 Prozent der beiden Untergruppen der Milliardäre führten Vermögenswerte nach Russland zurück, aber nur 14 Prozent erwarben das Geschäft von Unternehmen, die den russischen Markt verlassen hatten;
- Milliardäre, die von den US-Sanktionen betroffen waren, waren eher daran interessiert, die Vermögenswerte von Unternehmen zu erwerben, die Russland verlassen hatten;
- die von den europäischen Sanktionen betroffenen Milliardäre verkauften aktiv Vermögenswerte ins Ausland, bevor sie blockiert wurden, und komplizierten ihre Eigentumsstruktur im Voraus;
- fast 60 Prozent der Milliardäre, die unter dem Druck der EU und der USA oder aller Arten von Beschränkungen gleichzeitig stehen, haben Schritte unternommen, um ihre Geschäftstätigkeit in Russland zu reduzieren.
- einer von sechs verkauften Vermögen im Ausland.
- zehn Milliardäre verzichteten auf die russische Staatsbürgerschaft - eine solche Strategie sei charakteristisch für den IT-, Finanz- und Venture-Sektor, d.h. für Unternehmen, die nicht mit bedeutenden materiellen Vermögenswerten in Russland verbunden sind, schreibt die Autorin.

Laut Forbes belegte Russland im vergangenen Jahr trotz des Sanktionsdrucks den fünften Platz in der Rangliste der Länder nach der Zahl der Milliardäre, hinter den Vereinigten Staaten, China, Indien und Deutschland. Im Jahr 2025 werde ein Anstieg der Zahl der russischen Milliardäre auf 146 erwartet.

Liste der „unerwünschten Organisationen“ wächst weiter

Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat die Liste der so genannten unerwünschten Organisationen erweitert:

Die Stiftung B4Ukraine wurde am 24. Dezember 2025 entsprechend gelistet. Dabei handelt es sich um ein Bündnis von mehr als 100 Nichtregierungsorganisationen weltweit zum Zweck der Überwachung russischer Öl- und Gasexporte.

Die US-amerikanische George-Washington-Universität gilt seit dem 29. Dezember 2025 als „unerwünschte Organisation“, da die Privathochschule laut russischen Behörden „antirussische Aktivitäten“ finanziere.

Am 19. Januar 2026s wurde auch die französische Anwaltskanzlei Vigo als „unerwünscht“ eingestuft. Die Kanzlei habe als Rechtsvertreterin der zuvor ebenfalls entsprechend eingruppierten französischen NGO Pour l'Ukraine, pour leur liberté et la nôtre! Anklagen gegen Russland vor dem Internationalen Strafgerichtshof vorbereitet.

Sanktionen gegen Kanada

Russland hat am 5. Januar weitere 28 kanadische Staatsbürger sanktioniert, die vor allem ukrainischer Abstammung sind. Mit Einreiseverboten nach Russland belegt wurden unter anderem Mitglieder des Konsortiums für Holodomor-Forschung und -Lehre (HREC), der Second Front Ukraine Foundation sowie des Projekts Print 4 Ukraine.

[Заявление МИД России о введении персональных контрсанкций в отношении ряда граждан Канады - Министерство иностранных дел Российской Федерации](#)

Europäische Luxuswaren sind weiter in Russland verfügbar, kosten aber doppelt so viel

Europäische Luxuswaren sind weiterhin in Russland zu kaufen, sind allerdings viel teurer. Dies berichtet die britischen Financial Times. Grundlage für die Einschätzung ist insbesondere der Warenkatalog des Moskauer Luxuskaufhauses TSUM. Im Katalog fanden sich allein von den zehn wichtigsten Marken aus der EU mehr als 26.000 verschiedene Artikel mit dem italienischen Modehaus Dolce & Gabbana (4200 Artikel) an der Spitze. Aufgrund einer Analyse von russischen Zolldeklarationen aus dem 1. Quartal 2025 nennt die Zeitung insbesondere die Türkei, wie die Vereinigten Arabischen Emirate und China

als Länder, über die die Luxuswaren nach Russland eingeführt werden. Direkt über Italien, Deutschland und Litauen können nur Waren sanktionskonform bezogen werden, deren angegebener Wert unter 300 Euro liegt. Die Luxuswaren kosteten am Ende in Moskau in etwa doppelt so viel wie in der EU, berichtet die Financial Times weiter. Dies habe eine Stichprobe von 600 Artikeln ergeben.

Der Weg des russischen Öls über die Weltmeere

Nach einem deutlichen Rückgang der Nachfrage in Indien steht Moskau vor dem Dilemma, was mit dem russischen Rohöl geschehen soll, das auf Tanker der Schattenflotte gepumpt wird, aber aktuell nicht in Raffinerien entladen werden kann. Dies berichtet die Agentur Bloomberg. Während die Menge an russischem Rohöl, die sowohl nach China, Indien und die Türkei transportiert wird, offenbar deutlich zurückgehe, sei die Menge auf Schiffen, deren endgültiger Bestimmungsort noch nicht bekannt ist, stark angestiegen. Tanker würden zunehmend Zwischenziele wie Suez oder Port Sudan angeben.

Russland verschiffte demnach in den vier Wochen bis zum 25. Januar laut Schiffsverfolgungsdaten immer noch 3,18 Millionen Barrel Rohöl pro Tag - ein Rückgang um etwa 680.000 Barrel pro Tag gegenüber dem Höchststand vor Weihnachten und gleichzeitig der niedrigste Stand seit August 2025. Allerdings seien die Lieferungen von russischem Rohöl in indische Häfen im letzten Monat auf nur noch 1,2 Millionen Barrel pro Tag eingebrochen, der niedrigste Stand seit mehr als drei Jahren. Aus dem Januar werden zudem weiter sinkende Volumen auf durchschnittlich 1,12 Millionen Barrel pro Tag beobachtet. Der Rückgang habe mit einem Verbot der Europäischen Union für Importe von raffinierten Produkten aus russischem Rohöl zu tun, das am 21. Januar in Kraft trat. Der Rückgang der indischen Einkäufe habe gleichzeitig zu einem starken Anstieg der Zahl der Tanker geführt, die vor der Küste Indiens und im nahe gelegenen Oman vor Anker liegen, berichtet Bloomberg.

Einige Schiffe seien inzwischen Richtung China weitergefahren. Russische Reeder scheinen zudem Lagertanks in Indonesien zu nutzen. Den Tracking-Daten zufolge wurden in den letzten Wochen mindestens drei Ladungen in Karimun gegenüber von Singapur, Balikpapan auf Borneo und Tanjung Intan auf der Insel Java entladen. Die Menge an russischem Rohöl, die auf Tankern gelagert wird, habe sich bei etwa 140 Millionen Barrel stabilisiert, läge aber um etwa 60 Millionen Barrel über den Zahlen aus dem August 2025.

Auf Vier-Wochen-Basis sei der Bruttowert der Moskauer Exporte in den 28 Tagen bis zum 25. Januar auf 920 Millionen US-Dollar pro Woche angestiegen und lag damit laut Bloomberg um zwei Prozent über dem Wert vom 18. Januar.

Auf Wochenbasis belief sich der Wert der Exporte in den sieben Tagen bis zum 25. Januar auf durchschnittlich etwa einer Milliarde Dollar, was einem Anstieg von 70 Millionen US-Dollar gegenüber dem revidierten Wert der Vorwoche entspricht, wobei der Anstieg der Liefermengen den leichten Rückgang der Preise in der Ostsee und am Schwarzen Meer mehr als ausglich.

Die Flüsse auf Tankern, die chinesische Häfen anlaufen, lagen in den vier Wochen bis zum 25. Januar bei 840.000 Barrel pro Tag, gegenüber 1 Million Barrel pro Tag im Zeitraum bis zum 18. Januar. Die für Indien bestimmte Menge sank von 420.000 Barrel pro Tag im früheren Zeitraum auf nur noch 330.000 Barrel pro Tag. Allerdings befinden sich noch 1,81 Millionen Barrel pro Tag auf Schiffen, deren endgültiges Ziel noch nicht bekannt ist. Davon befinden sich etwa 1,45 Millionen Barrel pro Tag auf Schiffen aus westlichen Häfen Russlands, deren Ziel Port Said oder der Suezkanal ist, oder auf Schiffen aus Pazifikhäfen ohne klaren Lieferort, und weitere 360.000 Barrel pro Tag befinden sich auf Tankern, die noch kein Ziel signalisiert haben.

Die Lieferungen in die Türkei gingen in den vier Wochen bis zum 25. Januar von 200.000 Barrel pro Tag im Zeitraum bis zum 18. Januar auf etwa 170.000 Barrel pro Tag zurück. Eine zweite Ladung russischen Rohöls, die im Dezember verladen wurde, traf in der vergangenen Woche in Syrien ein.

[Russia Oil Exports Get Stuck at Sea Amid Pullback by Indian Refiners - Bloomberg](#)

Kriegswichtige Importe aus China

Laut Ukraine Business News nutzt Russland chinesische Werkzeugmaschinen und elektronische Komponenten zur Herstellung von Sprengköpfen und wichtigen Raketenteilen. Dadurch sei Russland unter anderem in der Lage, die gefürchtete Hyperschallrakete Oreshnik sowie Iskander-M- und interkontinentale Topol-M-Raketen zu produzieren.

Die Oreshnik ist eine Hyperschall-Ballistikrakete, die Geschwindigkeiten von bis zu 8.000 Meilen pro Stunde erreichen, sechs Sprengköpfe transportieren und Ziele in Europa in weniger als 20 Minuten treffen kann. Anfang Januar sollen russische Truppen diese Rakete ohne Kampfladung gegen Lwiw eingesetzt haben, nur 65 Kilometer von der EU-Grenze entfernt.

Handelsdaten zeigten, dass Peking Moskau mit Mikroelektronik im Wert von mindestens 4,9 Milliarden Dollar hat, die für Präzisionswaffen und Kampfflugzeuge benötigt wird. Der Bezug derartiger Waren aus dem Westen ist sanktioniert. In den ersten drei Jahren des umfassenden Krieges exportierte China Werkzeugmaschinen im Wert von 3,1 Milliarden Dollar nach Russland.

[China unterstützt Russland bei der Steigerung der Produktion von Hyperschallraketen vom Typ Oreshnik, die innerhalb von 20 Minuten Atomwaffensprengköpfe in die EU transportieren können. - UBN](#)

Russische Drohnen mit Starlink-Technik

Auch mehr als 1400 Tage nach dem Beginn der russischen Vollinvasion überzieht Russland die Ukraine mit massiven Luftangriffen. Offenbar wird dabei mittlerweile auch Starlink, der Satelliten-Internetdienst von Elon Musks Unternehmen SpaceX genutzt, wie der Spiegel berichtet. Informationen über Starlink-Terminals auf russischen Drohnen seien erstmals 2024 aufgetaucht. Jetzt gebe es Hinweise, dass russische Truppen in der Ukraine womöglich zunehmend versuchen, mithilfe der US-Technik die ukrainische Flugabwehr zu umgehen.

Russland setze Starlink-Satellitenkommunikationsgeräte auf Kampfdrohnen ein, teilte der militärische Nachrichtendienst der Ukraine HUR auf Anfrage des SPIEGEL mit. „Diese Geräte werden insbesondere bei Angriffen auf die zivile Infrastruktur der Ukraine auf Langstreckendrohnen des Typs ›Shahed‹ (›Geran‹) sowie auf taktischen Kampfdrohnen des Typs ›Molnija‹ mit einer Reichweite von bis zu 50 Kilometern installiert“, so der HUR. „Der Einsatz von Starlink ermöglicht es dem Gegner, Drohnen effektiver zu steuern und auch unter aktiven Gegenmaßnahmen auf dem Schlachtfeld eine stabile Kommunikation mit ihnen aufrechtzuerhalten. Dies erhöht die Reichweite und Genauigkeit von Angriffen und erschwert den Einsatz von Drohnenabwehrsystemen.“

Ein Starlink-Terminal auf einer Drohne teile kontinuierlich den Standort mit einem Starlink-Satelliten. Dadurch könne der Drohnenpilot den Standort der Drohne sehen, weil dieser über einen Starlink-Kanal weitergegeben wird, der die Drohne mit dem Piloten verbindet, so Experten.

Es wird angenommen, dass der Zugang zu Starlink-Terminals illegal über Drittländer wie die Vereinigten Arabischen Emirate erfolge. Starlink hatte laut Spiegel Anfang 2024 mitgeteilt, es unterhalte „keinerlei Geschäftsbeziehungen mit der russischen Regierung oder dem russischen Militär“. SpaceX habe Starlink weder in Russland verkauft oder vermarktet, noch habe der Konzern Geräte an Standorte in Russland geliefert. „Wenn SpaceX Kenntnis davon erlangt, dass ein Starlink-Terminal von einer sanktionierten oder nicht autorisierten Partei genutzt wird, untersuchen wir den Vorwurf und ergreifen Maßnahmen, um das Terminal zu deaktivieren, wenn sich der Vorwurf bestätigt.“ Wie der Spiegel betont, sind Starlink-Satelliten in Russland nicht nutzbar. Da aber Starlink in der Ukraine den dortigen Streitkräften für Ihre Kriegsführung zugänglich sei, nutze das russische Militär die dortigen Zugänge mit.

[Starlink im Ukraine-Krieg: Überwindet Russland mit Technik von Elon Musk die Drohnen-Abwehr? - DER SPIEGEL](#)

Neuer Anlauf für Sanktionsgesetz, Druck auf Indien und Kaufangebot für Lukoil

Laut eigenen Angaben des US-Senators Lindsey Graham hat US-Präsident Trump grünes Licht für einen parteiübergreifenden Antrag gegeben, der massive Sanktionen gegen Käufer russischer Rohstoffe in Form von Handelszöllen ermöglichen würde. Graham hatte den Antrag bereits im Frühjahr 2025 vorbereitet, eine große Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus dafür gewonnen, brachte den Antrag aber wegen Vorbehalten von Trump bislang nicht zur Abstimmung ein.

Lindsey Graham ist republikanischer Senator des US-Bundesstaates South Carolina. Laut seinen Angaben vom 7. Januar habe Trump nach einem „sehr produktiven“ Treffen grünes Licht für den parteiübergreifenden Gesetzentwurf gegeben.

Graham's Sanctioning Russia Act, der gemeinsam mit dem Demokraten Richard Blumenthal ausgearbeitet wurde, würde Trump die Befugnis geben, Zölle von bis zu 500 Prozent auf Importe aus Ländern zu erheben, die mit dem russischen Energiesektor Geschäfte machen.

„Dieser Gesetzentwurf wird es Präsident Trump ermöglichen, diejenigen Länder zu bestrafen, die billiges russisches Öl kaufen und damit Putins Kriegsmaschinerie finanzieren“, sagte Graham in einer Erklärung, die Al-Jazeera zitiert, und bezog sich dabei auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin. „Dieser Gesetzentwurf würde Präsident Trump einen enormen Einfluss auf Länder wie China, Indien und Brasilien verschaffen, um sie dazu zu bewegen, den Kauf von billigem russischem Öl einzustellen, das die Finanzierung für Putins Blutbad gegen die Ukraine sicherstellt“, so Graham weiter.

In einem Interview mit Fox News bestätigte Trump, dass er bereit sei, das Gesetz zu unterstützen, sagte aber auch, er hoffe, dass es niemals in Kraft treten müsse. Auf die direkte Frage, ob er das Sanktionsgesetz unterstütze, antwortete Trump: „Ich hoffe, dass es 84 oder 85 Senatoren gibt, die das wollen... Ja, sie tun es nur, wenn es mir unterliegt. Und wissen Sie, ich unterstütze es.“ Als er erneut zu seiner Haltung befragt wurde, wiederholte Trump, dass die Vereinigten Staaten bereits „derzeit große Sanktionen gegen Russland“ verhängt hätten, und fügte hinzu: „Ich hoffe, dass wir sie nicht anwenden müssen.“

Trump argumentierte, dass sich die russische Wirtschaft aufgrund des bestehenden Drucks derzeit in einem schlechten Zustand befinde, räumte jedoch ein, dass Russland militärisch und von der Größe her „größer und stärker“ als die Ukraine bleibe. Graham sagte, er gehe davon aus, dass das Gesetz schnell vorankommen werde. Wenn es verabschiedet wird, wäre dies eine der bisher strengsten wirtschaftlichen Reaktionen gegen Staaten, die Energiebeziehungen zu Russland unterhalten.

Unterdessen berichtet die NGO B4Ukraine über zwei weitere Sanktionsinitiativen. Mitte Januar habe demnach der demokratische US-Abgeordnete Lloyd Doggett im Repräsentantenhaus zwei parteiübergreifende Gesetzesvorlagen zur Verschärfung der Sanktionen gegen russische Energie vorgelegt. Der „Ending Importation of Laundered Russian Oil Act“ würde nach Angaben des Abgeordneten die „Lücke im Raffineriebereich“ schließen, die es ermöglicht, russisches Öl über Drittländer zu waschen und in den Vereinigten Staaten als Benzin und andere Erdölprodukte zu verkaufen, und der „No Aid

for Russian Energy Act“ würde US-Unternehmen und Einzelpersonen – sowie deren ausländischen Tochtergesellschaften – verbieten, Erdölausrüstung, Software oder Dienstleistungen an Russland zu liefern.

Nach Medienberichten ermöglichen es US-Unternehmen, insbesondere der in Houston ansässige Energiekonzern SLB, Russland weiterhin mit Öl Geld zu verdienen. Ohne amerikanische Ausrüstung und Fachkenntnisse würde Russlands Ölsektor rapide an Bedeutung verlieren, so die Annahme von B4Ukraine. Der neue Gesetzentwurf wäre demnach ein wichtiger Schritt zur Kürzung der Kriegsfinanzierung.

Zwischen Januar 2024 und Juni 2025 importierten die USA Ölprodukte im Wert von 3,6 Milliarden Dollar aus drei Raffinerien in Indien. Davon sei Öl im Wert von 1,5 Milliarden Dollar auf russische Lieferungen zurückzuführen.

China und Russland sind trotz der Sanktionen der USA und Europas gegen den russischen Energiesektor als Reaktion auf den Krieg Moskaus in der Ukraine weiterhin die Hauptabnehmer von russischem Öl.

China kaufte im November fast die Hälfte der russischen Rohölexporte, während Indien laut einer Analyse des Centre for Research on Energy and Clean Air etwa 38 Prozent der Exporte abnahm. Brasilien hat nach der Invasion der Ukraine im Jahr 2022 seine Käufe von subventioniertem russischem Öl drastisch erhöht, aber diese Importe sind in den letzten Monaten erheblich zurückgegangen.

In seiner Erklärung zu seinem Gesetzentwurf sagte Graham, dass die Gesetzgebung angesichts der aktuellen Lage in der Ukraine zum richtigen Zeitpunkt komme. „Dies ist zum richtigen Zeitpunkt, da die Ukraine Zugeständnisse für den Frieden macht und Putin nur redet und weiterhin Unschuldige tötet“, sagte er.

Neue Drohungen gegen Indien und US-Kaufangebot für Lukoil

Fast gleichzeitig drohte Trump Indien offenbar erneut mit massiven Zöllen, falls das Land seine Käufe von russischem Öl nicht einschränkt. „Sie treiben Handel, und wir können die Zölle sehr schnell erhöhen“, sagte Trump Reportern Ende Dezember an Bord der Air Force One, wie *Reuters* berichtet. Die Drohungen verstärken den Druck auf Neu-Delhi während ergebnisloser Handelsgespräche.

Im Fall des von den USA sanktionierten russischen privaten Ölkonzerns Lukoil gibt es offenbar einen neuen Kaufinteressenten. Wie der Exportmanager unter Berufung auf verschiedene Quellen berichtet, soll der US-Ölriese Chevron sich mit der Private-Equity- und Investmentfirma Quantum Capital Group zusammengetan haben, um das gesamte 22 Milliarden US-Dollar schwere Portfolio der mit Sanktionen belegten Auslandsaktiva seines russischen Konkurrenten Lukoil zu erwerben. Berichtet hatte zuvor der polnische Sender „TVP World“.

Das Angebot werde von Quantum, einem der weltweit größten „Big Oil“-Finanzierer, angeführt. Im Falle eines Erfolgs würden sich die beiden in den USA registrierten Unternehmen die Vermögenswerte untereinander aufteilen, berichtete die „Financial

Times“. Das Portfolio umfasst Öl- und Gasförderanlagen, Raffinerien und mehr als 2.000 Tankstellen in Europa, Asien und dem Nahen Osten.

Quantum und Chevron gingen von einem langfristigen Besitz und Betrieb der Vermögenswerte aus, sodass das Projekt wahrscheinlich die Zustimmung der Regierung von Donald Trump erhalten wird, berichtete die „Financial Times“ unter Berufung auf Insider. Ein namentlich nicht genannter Vertreter der Trump-Regierung erklärte, dass der Vorschlag von Chevron und Quantum für Washington attraktiv sei. „Wir streben eine Veräußerung an, bei der das Eigentum an diesen Vermögenswerten auf unbegrenzte Zeit in die Hände eines amerikanischen Eigentümers und Betreibers übergeht“, zitierte die Zeitung den Vertreter. „Wir wollen keine Buy-and-Flip-Situation, daher ist dies eine überzeugende Option.“

Die Vermögenswerte von Lukoil wurden im November zum Verkauf ausgeschrieben, nachdem Trump eine Übernahme durch den Schweizer Rohstoffhändler Gunvor blockiert hatte, den der US-Präsident als „Marionette des Kremls“ bezeichnete. Das US-Finanzministerium hat Käufern bis zum 17. Januar 2026 Zeit gegeben, sich an Lukoil zu wenden. Danach müssen alle Angebote von den amerikanischen Aufsichtsbehörden genehmigt werden, wodurch Trump faktisch ein Vetorecht erhält.

[Trump backs bill to sanction China, India over Russian oil, US senator says | Russia-Ukraine war News | Al Jazeera](#)

[OID+ Chevron und Quantum bieten für Lukoil - ExportManager Online +](#)

Kurzfristige Ausnahmeregelung für serbische Raffinerie – MOL will einsteigen

Serbiens mehrheitlich in russischem Besitz befindliches Ölunternehmen NIS hat die Ölverarbeitung in seiner Raffinerie in Pancevo wieder aufgenommen, nachdem es eine vorübergehende Aufhebung der US-Sanktionen erreicht hatte, teilte Serbiens Energieministerin am 18. Januar mit.

Die Produktion von Erdölderivaten wurde nach einer fast zweimonatigen Unterbrechung wieder aufgenommen, teilte Energieministerin Dubravka Djedovic Handanovic in einem Beitrag auf Instagram mit. NIS war im Dezember gezwungen, den Betrieb einzustellen, nachdem die im Oktober wegen des Krieges Russlands in der Ukraine verhängten US-Sanktionen den Zugang zu Rohöl eingeschränkt hatten. Die Maßnahmen richten sich gegen den russischen Energiesektor und gelten für Unternehmen, die mehrheitlich in russischem Besitz sind.

Russische Unternehmen kontrollieren 56,15 Prozent von NIS, wobei Gazprom Neft etwa 44,9 Prozent und Gazprom über das in St. Petersburg ansässige Unternehmen Intelligence 11,3 Prozent hält. Die serbische Regierung hält rund 29,9 Prozent, der Rest befindet sich im Besitz von Minderheitsaktionären.

Die Wiederinbetriebnahme der Raffinerie folgt auf die Erteilung einer befristeten Lizenz durch das Amt für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (OFAC) des US-Finanzministeriums am 31. Dezember, die es NIS erlaubt, bis zum 23. Januar Rohöl zu importieren, die Verarbeitung wieder aufzunehmen und die zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlichen Transaktionen durchzuführen.

NIS betreibt Serbiens einzige Ölraffinerie in der Nähe von Belgrad und deckt etwa 80 Prozent des inländischen Kraftstoffbedarfs des Landes. Die Rohöllieferungen an die Raffinerie wurden Anfang dieser Woche über die kroatische JANAF-Pipeline wieder aufgenommen, nachdem die Sonderlizenz der USA bekannt gegeben worden war. Die Sanktionsbefreiung kommt zu einem Zeitpunkt, an dem NIS über den Verkauf der russischen Anteile verhandelt, um den Anforderungen der USA nachzukommen. Das Unternehmen hat bis zum 24. März Zeit, um eine Vereinbarung über die Veräußerung zu erzielen.

Die US-Sanktionen gegen NIS waren bereits im Januar 2025 angekündigt worden. Die USA, die Russlands Energieexporte eindämmen und dessen Kriegswirtschaft schwächen wollen, verlangen, Gazprom müsse sich zurückziehen. Doch die Russen wollen nicht verkaufen. Das bringt den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić in die Klemme, der bislang vergeblich nach einem Ausgleich mit den USA gesucht hat.

Wie hoch der wirtschaftspolitische Druck ist, zeigt nach Einschätzung der FAZ die Bemerkung Vučićs, der vor der Betriebsverlängerung um drei Wochen „phänomenale politische Nachrichten“ angekündigt hatte. Im Hintergrund beteiligt war angeblich der Trump-Freund und ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, wie der serbische Rundfunk berichtete. Das nährt Spekulationen, nach denen der mehrheitlich in Staatsbesitz stehende ungarische Energiekonzern MOL die russische NIS-Beteiligung oder einen Teil erwerben könnte. Damit könnte der Gazprom-Anteil von heute 56 Prozent unter die Marke von 50 Prozent sinken und die US-Forderung erfüllen. Laut der „Financial Times“ ist auch der Staatskonzern ADNOC aus Abu Dhabi an dem auf 4,7 Milliarden Dollar taxierten Konzern interessiert.

Nach Informationen der Berliner Zeitung verhandelt der ungarische Energiekonzern MOL über eine Beteiligung am serbischen Öl- und Gaskonzern NIS. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters könnte MOL bereits in Kürze ein erstes Schlüsselabkommen im Rahmen der Gespräche mit Gazprom Neft unterzeichnen. Ungarns Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó sagte in der vergangenen Woche, nach der Unterzeichnung müssten die Dokumente den Vereinigten Staaten zur Genehmigung vorgelegt werden. Hintergrund ist das Sanktionsrecht der USA: MOL ist international tätig, rechnet in US-Dollar ab und ist auf den Zugang zu amerikanischen Finanzmärkten, Banken und Versicherungen angewiesen. Ohne eine Freigabe aus Washington wäre der Deal kaum umsetzbar.

[bne IntelliNews - Serbia's NIS restarts Pancevo refinery after US sanctions waiver](#)

[Ungarns Russland-Deal in Serbien zeigt: Südosteuropa spielt nach eigenen Regeln](#)

[Russia to sell Gazprom's Serbia branch to Hungary amid sanctions](#)

Amerikanische Carlyle-Group übernimmt Lukoil-Anteile

Der unter US-Sanktionen stehende russische Ölkonzern Lukoil veröffentlichte am 29. Januar eine Meldung, wonach es seine ausländischen Vermögenswerte an die amerikanische Investmentfirma Carlyle Group verkaufen werde. Lukoil, Russlands zweitgrößter Ölproduzent, erklärte in der Stellungnahme wörtlich, dass es „eine Vereinbarung mit der US-Investmentgesellschaft Carlyle über den Verkauf der LUKOIL International GmbH unterzeichnet hat“. Wie die Moscow Times berichtet, wurde über das Volumen der Transaktion nichts bekannt gegeben.

Der Verkauf schließe Vermögenswerte in Kasachstan aus und bedürfe noch der Genehmigung durch das US-Finanzministerium, erklärte Lukoil und fügte hinzu, dass es Verhandlungen mit anderen Investoren fortsetze. US-Beamte hatten dem Unternehmen zunächst einen Monat Zeit gegeben, um seine ausländischen Vermögenswerte zu verkaufen, gewährten jedoch später eine Verlängerung, da sich die Verhandlungen hinzogen.

Zu den umfangreichen ausländischen Vermögenswerten von Lukoil gehören Anteile an Ölfeldern und Raffinerien auf der ganzen Welt, darunter im Irak, in Aserbaidschan, Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Nigeria und Mexiko. Die Aktien von Lukoil stiegen nach Bekanntgabe des Verkaufs an der Moskauer Börse um 3,5 Prozent.

[U.S. Carlyle Group Agrees to Buy Most of Lukoil's Foreign Assets - The Moscow Times](#)

General License für Geschäfte mit der russischen Zentralbank

Am 6. Januar 2026 verlängerte das US-Amt für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (Office of Foreign Assets Control, OFAC) des US-Finanzministeriums erneut die allgemeine Lizenz (General License, GL) 13 für Russland durch die Veröffentlichung einer überarbeiteten [GL 13P](#) mit dem Titel „Genehmigung bestimmter Verwaltungsvorgänge, die gemäß der Richtlinie 4 der Durchführungsverordnung 14024 verboten sind“, die besagt, dass US-Personen berechtigt sind, Steuern, Gebühren oder Einfuhrzölle zu zahlen und Genehmigungen, Lizenzen, Registrierungen, Zertifizierungen oder Steuerrückerstattungen zu erwerben oder zu erhalten, soweit solche Transaktionen gemäß der Richtlinie 4 verboten sind. Solche Transaktionen sind zulässig, sofern sie für den täglichen Geschäftsbetrieb dieser Personen in der Russischen Föderation üblich und notwendig sind. [Die Richtlinie 4](#) verbietet alle Transaktionen, an denen die Zentralbank der Russischen Föderation, der Nationale Wohlfahrtsfonds der Russischen Föderation oder das Finanzministerium der Russischen Föderation beteiligt sind, einschließlich aller Übertragungen von Vermögenswerten an diese Einrichtungen oder aller Devisentransaktionen für oder im Namen dieser Einrichtungen. Die überarbeitete GL 13P läuft am 9. April 2026 aus.

[OFAC Again Extends Russia General License 13 Authorizing Transactions Ordinarily Incident and Necessary for Operations in Russia | SmarTrade](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Ölpreisdeckel angepasst

Parallel zur Europäischen Union hat auch die britische Regierung am 15. Januar eine Senkung der Preisobergrenze für russisches Erdöl von 47,6 US-Dollar auf 44,1 US-Dollar pro Barrel angekündigt. Die neue Obergrenze tritt am 1. Februar in Kraft, für dann bereits geschlossene Verträge gilt eine Übergangsfrist bis zum 16. April 2026.

[Oil Price Cap - INT.2024.4423849 - General Licence - Amendment of 15 January 2026.pdf](#)

Bank of Scotland wegen Sanktionsbruch bestraft

Eine Tochter der Lloyds Banking Group hat Russland-Sanktionen gebrochen. Wie das zuständige britische Amt mitteilte, hat es gegen die Bank of Scotland eine Strafe von 160.000 Pfund Sterling verhängt. Das schreibt „Dow Jones“. Die Bank hat im Februar 2023 Zahlungen auf oder vom privaten Girokonto einer sanktionierten Person abgewickelt. Das Konto war bei der zur Bank of Scotland gehörenden Marke Halifax Bank geführt worden. Lloyd hat die Verfehlung freiwillig im Namen der Bank of Scotland gemeldet, womit die ursprüngliche Strafe von 320.000 Pfund entsprechend reduziert wurde. Seitdem hat die Bank nach eigenen Angaben ihre Kontrollen verstärkt.

[OID+ Lloyds-Tochter wegen Verstoß gegen Sanktionen bestraft - ExportManager Online +](#)

Schweiz

Neue Russland- und Drittlandsanktionen

Das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF der Schweiz hat mit Wirkung zum 13. Januar 2026 fünf natürliche Personen, vier Organisationen und 41 Schiffe neu in die Sanktionslisten aufgenommen. Bei 7 Einträgen wurden technische Korrekturen vorgenommen. Die Unternehmen sollen den Transport von russischem Erdöl unter Verstoß gegen bestehende Beschränkungen ermöglicht haben. Betroffen sind Unternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, aus Vietnam und Russland sowie Staatsangehörige Russlands und von Drittstaaten in Führungspositionen bei Speditionsfirmen und Handelsunternehmen

[SECO: Verordnung über Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine](#)

Ukraine

Sanktionen gegen Technologie-Lieferanten

Präsident Wolodymyr Selenskyj hat laut einem Bericht der Kyiv Post ein neues Sanktionspaket gegen Personen und Unternehmen verabschiedet, die an der Lieferung von Ausrüstung für die elektronische Kriegsführung, Kommunikation und Mikroelektronik an das russische Militär und Sicherheitsbehörden beteiligt sind. Die Maßnahmen wurden per Präsidialdekret nach einer Entscheidung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates (NSDC) der Ukraine eingeführt und erweitern laut dem Bericht die Bemühungen Kiews, die technologischen Lieferketten zu unterbrechen, die Russlands Krieg gegen die Ukraine unterstützen.

Gemäß dem am 3. Januar unterzeichneten Dekret treten die Sanktionen sofort in Kraft und gelten sowohl für Personen als auch für juristische Personen, die als Beitrag zu Russlands militärisch-industriellen Fähigkeiten identifiziert wurden.

Zu den Zielen der Sanktionen gehören Anbieter von elektronischer Kriegsführung und Kommunikation. Laut Ukrainiska Pravda umfasst die Sanktionsliste 95 Personen und 70 juristische Personen, von denen die meisten russische Staatsbürger oder in Russland ansässige Unternehmen sind.

Zu den betroffenen Unternehmen gehören Hersteller und Lieferanten, die in den Bereichen Kommunikation tätig sind oder elektronische Kampfführungssysteme und Mikroelektronik für die russischen Streitkräfte und Sicherheitsdienste anbieten. Diese Technologien spielen eine Schlüsselrolle bei der Kommunikation auf dem Schlachtfeld, der Drohnenbekämpfung und den elektronischen Gegenmaßnahmen der russischen Streitkräfte. Die Ukraine hofft, dass die Sanktionen von der EU und anderen Partnern gespiegelt werden.

[Zelensky Targets Russia's Electronic Warfare Supply Chain With New Sanctions](#)

7. Blick über den Tellerrand

USA entern zwei venezolanische Tanker – Verbindungen auch nach Russland

Nach einer fast zweiwöchigen Verfolgungsjagd durch die Gewässer zwischen Island und Schottland enterten US-Streitkräfte Anfang Januar die unter russischer Flagge fahrende Marinera. Die britische Royal Navy leistete logistische Unterstützung aus der Luft und auf See, wie die britische BBC berichtet.

Ein zweiter Tanker – die M/T Sophia – wurde demnach von den USA „illegaler Aktivitäten“ beschuldigt und in der Karibik geentert.

Die Maßnahmen erfolgen zu einem Zeitpunkt, an dem die USA versuchen, den Großteil der venezolanischen Rohölexporte zu unterbinden, und nur wenige Tage, nachdem ihre Spezialeinheiten den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro in einer Blitzaktion in seiner Residenz in Caracas festgenommen haben.

Verteidigungsminister Pete Hegseth schrieb auf X: „Die Blockade von sanktioniertem und illegalem venezolanischem Öl bleibt weltweit in VOLLER KRAFT.“

Moskau hat die Beschlagnahmung des unter seiner Flagge fahrenden Tankers verurteilt und gefordert, dass die USA die Russen an Bord angemessen behandeln und ihnen eine schnelle Rückkehr nach Russland ermöglichen.

Das russische Verkehrsministerium erklärte, es habe dem Schiff eine „vorübergehende Erlaubnis“ zur Verwendung der russischen Flagge erteilt und fügte hinzu, dass kein Staat das Recht habe, Gewalt gegen Schiffe anzuwenden, die ordnungsgemäß in der Gerichtsbarkeit anderer Staaten registriert sind.

Berichten zufolge entsandte Russland ein U-Boot, um das Schiff zu schützen, aber es scheint, dass die US-Streitkräfte ohne Widerstand an Bord des Tankers gelangen konnten.

Das Weiße Haus beschrieb das Schiff als „Schiff der venezolanischen Schattenflotte, das nach dem Führen einer falschen Flagge als staatenlos gilt und gegen das ein Gerichtsbeschluss vorliegt“.

China – in den letzten Jahren der größte Abnehmer venezolanischen Öls – hat die Maßnahmen der USA verurteilt und ihnen vorgeworfen, die globale Energiesicherheit zu gefährden.

Das US-Europakommando erklärte, die M/V Bella 1 – unter Verwendung des früheren Namens der Marinera – sei „wegen Verstößen gegen US-Sanktionen“ geentert worden. „Das Schiff wurde im Nordatlantik auf Grundlage eines Haftbefehls eines US-Bundesgerichts beschlagnahmt, nachdem es von der USCGC Munro“, einem Küstenwachboot, verfolgt worden war.

Aus dem russischen Schiffsregister geht hervor, dass der Tanker seinen Namen in Marinera geändert hatte und unter russischer Flagge fuhr. Als Heimathafen wurde die

südrussische Stadt Sotschi am Schwarzen Meer angegeben. US-Beamte sagten, dass die Marinera im vergangenen Monat fälschlicherweise unter der Flagge Guyanas fuhr, wodurch sie staatenlos wurde.

Experten sagten gegenüber BBC Verify, dass die USA das Schiff Bella 1 nannten, da ein Schiff während einer Reise seine Flagge nicht wechseln kann, es sei denn, es gab eine tatsächliche Übertragung des Eigentums oder eine Änderung der Registrierung.

Die Experten sagten auch, dass nach dem internationalen Seerecht der Vereinten Nationen ein staatenloses Schiff von den Behörden geentert werden kann.

[US seizes two 'ghost fleet' tankers linked to Venezuelan oil](#)

USA sanktionieren Führung von deutscher Organisation HateAid

Wegen der angeblichen Zensur von US-Plattformen hat die US-Regierung gegen mehrere europäische Personen ein Einreiseverbot verhängt. Betroffen sind unter anderem die Leiterinnen von HateAid, einer deutschen Initiative gegen Hasskommentare, wie das US-Außenministerium laut einem Bericht des Spiegel auf X bekannt gab.

„Unsere Botschaft ist klar: Wenn Sie Ihre Karriere der Zensur amerikanischer Meinungsäußerungen widmen, sind Sie auf amerikanischem Boden unerwünscht“, erklärte Sarah B. Rogers, Staatssekretärin im US-Außenministerium, ebenfalls auf X .

Die Geschäftsführerinnen Anna-Lena von Hodenberg und Josephine Ballon würden mit HateAid eine „Zensurbehörde“ leiten, hieß es. Für ihren Einsatz gegen digitale Gewalt war von Hodenberg im Oktober mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden.

US-Außenminister Rubio hatte die Sanktionen zuvor in einer Mitteilung angekündigt, ohne zu präzisieren, wer genau sanktioniert wird und aus welchen Ländern diejenigen stammen. In der Mitteilung war lediglich die Rede von fünf Betroffenen: „radikalen Aktivisten“ und „instrumentalisierten“ Nichtregierungsorganisationen, die Zensurmaßnahmen durch ausländische Staaten vorangetrieben hätten.

Rubio betonte, die Trump-Regierung werde „exterritoriale Zensur² nicht länger tolerieren. Das Ministerium leite daher Schritte des Einreiseverbots gegen führende Persönlichkeiten des globalen „Zensur-Industrie-Komplexes² ein. Man sei bereit, die Liste zu erweitern, wenn es keine Kurskorrektur gebe.

Auch der frühere EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton wird zur unerwünschten Person in den USA erklärt, wie Staatssekretärin Sarah Rogers im Onlinedienst X schrieb. Der Franzose Breton war bis September 2024 unter Kommissionschefin Ursula von der Leyen federführend für die EU-Digitalgesetze zuständig. Sie schreiben großen US-Internetkonzernen wie Google, Meta, Apple oder X etwa das Löschen »illegaler Inhalte« vor.

Die Entscheidung löste in den Vereinigten Staaten heftige Reaktionen aus. Rubio schrieb auf X, dies sei „eine Attacke auf alle amerikanischen Tech-Plattformen und das amerikanische Volk durch ausländische Regierungen.“ Die Tage der Onlinezensur für Amerikaner seien vorbei.

Die SPD-Bundestagsfraktion forderte die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf, gegen die Maßnahmen aus den USA vorzugehen. „Wir verurteilen diese Eingriffe in die Rechtsstaatlichkeit und in die digitale europäische Souveränität auf das Schärfste. HateAid schränkt die Meinungsfreiheit nicht ein – im Gegenteil: HateAid trägt dazu bei, sie zu schützen“, erklärte der SPD-Sprecher für Digitales und Staatsmodernisierung Johannes Schätzl in einer Pressemitteilung.

[HateAid: USA sanktionieren Führung von deutscher Organisation - DER SPIEGEL](#)

[US-Sanktionen gegen HateAid: Bundesregierung und EU müssen handeln | SPD-Bundestagsfraktion](#)

8. Termine

11. Februar: Business for Business: Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland | online

Mitglieder des Ost-Ausschusses sind zu einer weiteren Ausgabe der Online-Veranstaltung „Business for Business: Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland“ via MS Teams eingeladen. Die Veranstaltung findet am Mittwoch, 11. Februar 2026, von 14:00 bis 15:30 Uhr (MEZ) statt. Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit den Sanktionen dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. In dieser Ausgabe widmen wir uns insbesondere der rechtlichen und steuerlichen Situation in Russland. Als Referenten dabei sind André Scholz, Managing Partner und Wirtschaftsprüfer/Steuerberater bei RSP International, Alexey Grigoriev, Director Public Policy bei Metro Russia, sowie Rainer Munz, Russland-Korrespondent von RTL/n-tv.

Bei Interesse zur Teilnahme oder bei Fragen zur Veranstaltung wenden Sie sich bitte an Jens Böhlmann, Direktor Mittelstand | Grüne Transformation, J.Boehlmann@oa-ev.de

9. Tipps & Links

Die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer in Moskau beschäftigt sich in dieser Fokus-Analyse mit den rund 20 in Russland **zwangsverwalteten ausländischen Unternehmen**. Die bislang bekannten Fälle werden dabei individuell betrachtet. Hintergrund sind die jüngsten Zwangsmaßnahmen in Russland gegen Rockwool und CanPack. [Staat vs. Unternehmen: Fremdverwaltung und Nationalisierung in Russland](#)

Was denken durchschnittliche Russen über den Ukrainekrieg? Diesen Fragen geht der britische Politologe Jeremy Morris mit den Methoden der teilnehmenden Beobachtung nach. Im Interview mit der „Zeit“ kommt er dabei zu Ergebnissen, die sich von den üblichen Meinungsumfragen unterscheiden. Demnach herrsche in Russlands Bevölkerung ein tiefgreifender Pessimismus vor. Der Krieg werde überwiegend negativ bewertet. [Jeremy Morris: "Viele versuchen, sich auf das Schlimmste vorzubereiten" | DIE ZEIT](#)

Der Deutschlandfunk beschäftigt sich in einem Hörfunkbeitrag mit den **humanitären Folgen von Sanktionen** und kommt zu dem Schluss, dass diese genauso viel Menschenleben kosten würden wie Kriege. [US-Studie: Sanktionen kosten so viele Leben wie Kriege](#)

Der britische Guardian beschäftigt sich in einer Analyse mit dem **Zustand der russischen Wirtschaft und den Auswirkungen der Sanktionen**. „Es besteht kaum Zweifel daran, dass Putin die russische Wirtschaft in einen Schrottplatz voller alternder und zunehmend dysfunktionaler Fabriken verwandelt“, kommentiert der Guardian. Putin „melke“ die russische Wirtschaft, „um die Kriegsanstrengungen zu unterstützen, ohne sich um die langfristigen Folgen zu kümmern.“ Kurzfristig aber, schreibt der Guardian, könne er den Konflikt weiter finanzieren, ohne einen wirtschaftlichen Zusammenbruch befürchten zu müssen. „Eine härtere Haltung im Handel wird vielleicht keinen wirtschaftlichen Zusammenbruch auslösen, aber Europa muss alle Hebel in Bewegung setzen, um den Krieg zu beenden.“ [Why Russia's economy is unlikely to collapse even if oil prices fall | Phillip Inman | The Guardian](#)

Wer bei EU-Sanktionsfragen immer auf dem Laufenden bleiben möchte, kann sich auf der Webseite der EU-Kommission für die automatische Information zu Neuerungen bei **Frequently Asked Questions** zu Sanktionsthemen registrieren: [Frequently asked questions - Sanctions against Russia - European Commission](#)

In diesem Beitrag geht eine Autorin in der FAZ+ der Frage nach, inwieweit die **Nutzung russischer Zentralbankgelder** für die Ukraine das Völkerrecht brechen würde. Nach ihrer Ansicht wäre die Idee von Bundeskanzler Merz zur Nutzung der Gelder tatsächlich ein Zivilisationsbruch gewesen. [Kanzler-Populismus: Merz und die eingefrorenen russischen Vermögen | FAZ](#)

In diesem Beitrag fasst die taz die **Kriegsentwicklung in der Ukraine im Jahr 2025** zusammen und wagt einen Ausblick auf 2026. In den nächsten Monaten komme es weiterhin auf die Europäer an, da die USA als verlässlicher Partner der Ukraine ausgefallen seien – so das Fazit. [Krieg in der Ukraine: Ein Jahr der Erkenntnis | taz.de](#)

In diesem Beitrag eines ukrainischen Wirtschaftsexperten in der FAZ wird die **Lage der ukrainischen Wirtschaft** analysiert und für eine Ausweitung westlicher Finanzhilfen geworben: [Ökonom: Das Geld für die Ukraine reicht nicht aus | FAZ](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMW-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:0

[BMW - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema: [BMW - Schnellübersicht: Sanktionsdurchsetzung in Deutschland](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

[Bundesfinanzministerium - Umsetzung der Russland-Sanktionen – Kurzüberblick](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter nummerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

EU-Dokumente zum 19. Sanktionspaket

[Verordnung \(EU\) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Verordnung \(EU\) 2025/2037 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen \(Sanktionierte Personen und Unternehmen\)](#)

Sanktionen gegen Belarus vom 23. Oktober 2025:

[Verordnung \(EU\) 2025/2041 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/2039 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Die aktuelle Version der Frequently Asked Questions zu EU-Sanktionen (Stand 17. Dezember 2025)

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it.](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

[EU Sanctions Map](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:
[List of common high priority items - European Commission](#)

Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:
[List of economically critical goods - European Commission](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](https://integrityline.com)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](https://de.wikipedia.org)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](https://treasury.gov)

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Hintergrundwissen | Exportkreditgarantien \(Hermesdeckungen\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) [GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Belarus

Belarus-Sanktionen Durchführungsbestimmungen zum 18. Sanktionspaket:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1469 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:

[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs

A.Metz@oa-ev.de

T. +49 (0)30 206167-120

Breite Straße 29

10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

